SENATE

Für Politik und Gesellschaft und eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Die Landesregierung als Team NRW
Nathanael Liminski

Autonomes Fahren
Volker Wissing

Rotes Rathaus und Reichtagsgebäude
Michael Müller

Anke Rehlinger

Probleme nicht nur national lösen

Ausgabe 1/24
Einzelpreis 5€

Posthotel
ACHENKIRCH
Wo die Reise beginnt
Das Erwachsenen-Resort
in den Tiroler Bergen
SPIELRAUM FÜR DAS ICH
Hier steht die Welt für einen Augenblick still.
Im Posthotel Achenkirch werden Sie ganz ruhig, fühlen sich befreit und lassen sich rundum verwöhnen – reichlich Raum für das Ich und wohltuende Wellness bringen Körper und Geist in Einklang.
7.000 m² Spa- und Wellnessbereich „adults only" ◆ Gourmetküche
◆ TCM-Restaurant TENZO – alpine Kulinarik trifft auf die 5-Elemente-Lehre
◆ Indoor- und Outdoor-Fitnessbereich ◆ Resorteigener 9-Loch-Golfplatz
◆ Lipizzanergestüt mit Reitanlage
POSTHOTEL ACHENKIRCH
6215 Achenkirch am Achensee, Tirol, Austria, T +43 5246 6522, info@posthotel.at, www.posthotel.at

Innovationsoffenheit. Europa. Vertrauen.

Herausgeber Norbert Streveld

In den Medien überwiegen gefühlt Negativmeldungen. Der Ukraine-Krieg, Israel/Gaza, die aktuellen Wirtschaftsdaten, die volkswirtschaftlichen Prognosen für Deutschland, für die EU. Diese Fakten zu ignorieren oder gar zu negieren, wäre für die Zukunftsfähigkeit bei allen Herausforderungen nicht sinnvoll. Dies alles sollte zum Nachdenken und Handeln anregen, was wirklich notwendig ist, damit eine positive Veränderung eintritt. Dazu sind eine ehrliche Bestandsaufnahme und Analyse der aktuellen Situation unerlässlich. Was bedeutet dies? Sich auf Stärken zu besinnen, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und parallel zu handeln. Wir sind als gesamte Gesellschaft dabei in Verantwortung, dies schließt Politik und Wirtschaft mit ein.

Innovationsoffenheit

Bildung, Entwicklung und Fortschritt sind für unseren Wohlstand essenziell. Erst diese Kombination ermöglicht wirtschaftliche Prosperität und schafft die Voraussetzung für die Lösung vieler Herausforderungen. Dies schließt die ökologischen und sozialen mit ein, die sich alle gegenseitig beeinflussen. Menschliche Neugier ist die Triebfeder für Forschung, die zudem auch gesamtgesellschaftlich und ebenfalls finanziell ergebnisoffen Unterstützung benötigt. Innovationsoffenheit ermöglicht ein plurales Denken ohne Dogmen. Die kürzlich veröffentlichte Studie für eine gelingende Energiewende der Stiftung Senat der Wirtschaft, in Zusammenarbeit mit der Kommission Energie des Senats, ist hierfür ein gutes Beispiel.

Europa und geopolitische Verantwortung

Eine starke verantwortungsbewusste Europäische Union ist wichtig, um den Herausforderungen sowie den daraus resultierenden Veränderungen und Transformationen zu begegnen. Dies bedingt eine kritische Auseinandersetzung – eine offene, konstruktive Diskussion über bestehende Fakten, zukünftige Entwicklungen und Lösungsansätze. Wirtschaft, unsere Gesellschaft, der Standort Deutschland, eingebettet in Europa, sind immer im geopolitischen Kontext zu sehen. Und dies bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. Es erfordert eine Geostrategie.

Vertrauen

Unsere Gesellschaft benötigt das Vertrauen, dass Probleme erkannt, Lösungen diskutiert und umgesetzt werden. Neben Fakten ist eine klare, ehrliche und emphatische Kommunikation Voraussetzung. Es erfordert das gemeinsame Verständnis, dass Wohlstand zuallererst erwirtschaftet werden muss; einhergehend mit Leistungsbereitschaft und Leidenschaft. Demokratie und Rechtstaatlichkeit sind zudem wichtige Pfeiler, damit Wohlstandszuwachs für alle Bevölkerungsgruppen möglich ist. Sie bieten keinen Platz für Extremismus jedweder Ausrichtung, weder links noch rechts.

Denn einfache Lösungen gibt es nicht. Wahlentscheidungen aus Protest oder eine sogenannte „Denkzettelwahl“ schaden zumindest denjenigen, die gesamtgesellschaftliche Lösungen suchen. Sich im Zuge der kommenden Wahlen ausreichend über die Parteiprogramme zu informieren und die eigene Wahlentscheidung auf eine fundierte Informationsgrundlage zu stützen, ermöglicht erst eine bewusste Entscheidung. Eine Entscheidung für die größte Übereinstimmung zu den eigenen Überzeugungen und Zielen. Extremismus in jeder Form ist nicht zielführend. Für Demokratie und Rechtstaatlichkeit müssen wir aktiv aufklären, diskutieren, wählen und dazu auffordern, dieses freiheitliche Recht wahrzunehmen. Wählen bedeutet mitgestalten!

Zusammengefasst: Wir benötigen Wohlstandszuwachs im Sinne einer „Inclusive Economy“: Die Förderung einer zukunftsorientierten, langfristig ausgewogenen Entwicklung auf ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene. Der Impact der Wirtschaft ist wichtig und mit in Verantwortung. Und der Mut, Chancen zu sehen, zu ergreifen, Risiken zu erkennen und zu berücksichtigen. Mit einer klaren Zukunftsorientierung.

Politik und Parlament

Rotes Rathaus und Reichstagsgebäude 28
Fragen an Michael Müller

Probleme nicht nur national lösen 36
Im Interview mit Anke Rehlinger

Die Landesregierung soll als Team NRW erscheinen.... 40
Im Gespräch mit Nathanael Liminski

Regenerative Energie wird die Stromversorgung komplett sichern können 58
Ein Interview mit Daniel Günther

Wirtschaftswelt

Personalmangel: Eine lösbare Aufgabe! 18
Stephan Rotthaus

Herausforderung Fachkräftesicherung für Deutschland und Europa..... 22
Rainer Dietrich

Autonomes Fahren ist Schlüssel der Mobilität..... 24
Dr. Volker Wissing

Der Handel im Wandel 46
Fragen an Stefan Genth

Vorausschauendes Handeln ist gefragt..... 50
Stefan Genth

Probleme nicht nur national lösen

Seite 36

Stromversorgung durch regenerative Energie

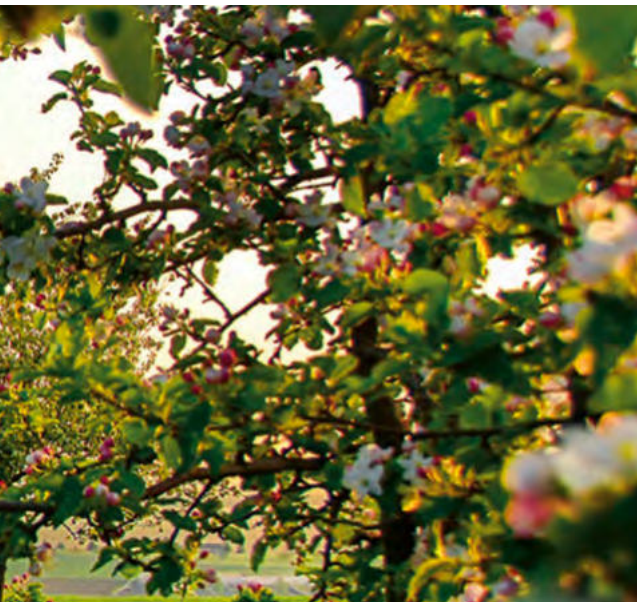
Seite 58

Personalmangel: Eine lösbare Aufgabe!

Seite 18

Dieses Magazin wird klimaneutral hergestellt.

Fotos: Volker Wissing©Laurence Chaperon, Michael Müller©photothek.net, Nathanael Liminsky©Land NRW/Ralph Sondermann, Anke Rehlinger ©Staatskanzlei/Jennifer Weyland, Daniel Günther©CDU SH/Makoschey.



IMPRESSUM

Herausgeber:
Dr. Christoph Brüssel
Dieter Härthe
Norbert Streveld
ViSdP

Adenauerallee 206
53113 Bonn
Tel: +49 (0)228-915-605-0
www.senat-deutschland.de
E-Mail: office@senat-deutschland.de

Hauptstadtbüro:
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
Tel: +49 (0)30-40 10 995 0

Redaktion:
Dr. Christoph Brüssel (Chefredaktion)
Elline Köckritz
Uly Köhler
Michael King-Rolland
Normann Schneider
Lenno Götze
Ewald König
Lektorat: Alectis.de, Annette Meyer
Layout: Heiner Stellmach
Druckerei: Saxoprint
Auflage: 10.000 Exemplare

Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größtmöglicher Sorgfalt kann der Herausgeber keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten.

Rotes Rathaus und Reichtagsgebäude

Seite 28

Autonomes Fahren ist Schlüssel der Mobilität

Seite 24

Die Landesregierung als Team NRW

Seite 40

Ein besseres Bild der Zukunft: Optimismus zählt! 54
Burkhard Schwenker

Für eine gelingende Energiewende 76
Vorgestellt von Christoph Brüssel

Europa Aktuell

Gedanken zur Europawahl 8
Christoph Brüssel und Walter Döring

Gut für Deutschland und gut für Europa 12
Walter Döring

Europa. Das Lexikon 14
Hans Jörg Schrötter

Aus dem Senat

Gipfeltreffen der Weltmarktführer 66
FrühlingsConvent 70
Geopolitische Veränderungen 72
European Prevention Center 73
Goethe ist mehr Wirtschaft, als man denkt 74

Frage nicht, was dein Land für Dich tun kann. Frage vielmehr, was Du für dein Land tun kannst.

John F. Kennedy

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

HANNOVER Finanz
Ihr Eigenkapital-Partner
www.hannoverfinanz.de

Hochland
www.hochland-group.com

InPro electric
www.inpro-electric.de

MPT
Präzisionsteile GmbH Mittweida
www.mpt-group.com/

AKÜ
AMBERGER KÜHLTECHNIK GMBH
www.amberger-kuehltechnik.de

WÖLLHAF
www.woellhaf-airport.de

QUADRIGA CAPITAL
www.quadriga-capital.de

DEMIRTAG
CONSULTING GMBH
www.demirtag.de

PFLEGEWERK
www.pflegewerk.com

ICT Facilities
design & built
www.ict-facilities.de/

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Der Ausdruck:
Der Feind im eigenen Haus

Der Eindruck:
Von Herausgeber und Chefredakteur Christoph Brüssel

Medien berichten, es gebe im Deutschen Bundestag mehr als 100 offene Verfassungsgegner im Kreis der Mitarbeitenden von MdBs. Das wird festgemacht und auch in konkreten Beispielen nachgewiesen, im Bereich der Fraktion der AfD. Menschen, die öffentlich gegen unsere Rechtsordnung, gegen die demokratische Verfassung aktiv sind, sollen es sein. Teilweise sind es wohl auch Mitarbeitende, die selbst von der AfD-Partei bereits ausgeschlossen wurden. Vor ein paar Jahren, so erinnert man sich, wurden „Besucher" durch Fraktionsangehörige der AfD ins Parlamentsgebäude geschleust, die dann offen Abgeordnete und auch Minister bedrängten, anpöbelten und das auch noch als Videos online stellten.

Ein dramatischer Bruch der Regeln im Bundestag. Nicht nur als Tabubruch zu verharmlosen. Die Unantastbarkeit der Abgeordneten muss als sehr hohes Gut gesehen werden. Freiheit der Entscheidung und nur dem Gewissen verantwortlich, so will es unsere Verfassung. Aus gutem Grund, es gab auch mal andere Zeiten, die böse Auswirkungen hatten.

Von innen das System umkrempeln, von innen bekämpfen. Das ist wohl ein Ziel der offenbar Radikalen, denen jeder Respekt vor den demokratischen und rechtsstaatlichen Erfordernissen abhandengekommen sein muss.

Und dann warnt, öffentlich beim Senat der Wirtschaft, der Ausschussvorsitzende für Europapolitik Toni Hofreiter davor, dass der Feind schon lange im eigenen Haus sei. Parteien finanziert von Putins Russland, auch dabei zitiert er die AfD, aber auch Teile der Linken.

Geschichte soll sich wohl nicht wiederholen, aber lernen aus ihr ist dennoch angesagt.

Die NSDAP hatte 1930 tatsächlich 18,3 Prozent – 1932 dann 33,1 Prozent. Im Januar 33 wurde Hitler Reichskanzler, trotz der relativ geringen Stimmenzahl. Dann ging es fürchterlich schnell:

Bereits am 4. Februar Notverordnungsgesetz – am 27. Februar brennt der Reichstag, daraufhin werden alle wesentlichen Grundrechte außer Kraft gesetzt. So können „legal" Funktionäre und Abgeordnete der SPD und KPD in Haft genommen werden oder außer Landes fliehen. Am 23. März dann das Ermächtigungsgesetz, alle 81 Abgeordneten der SPD können nicht mit abstimmen.

So kam dann die Gleichschaltung, Diktatur, Unrechtsstaat, Krieg … Drei bis vier Monate, und alles war umgekrempelt.

Ja – unsere Verfassung ist stabiler, hat Sicherheitsmechanismen, die nicht einfach ausgehebelt werden können. Aber sind wir uns da sicher? Ist zu wenig bewusst, dass wir unseren Wohlstand, die Freiheiten, die offene Meinungsäußerung immer wieder neu bestätigen und absichern müssen?

Wir haben keine Zeit für Denkzettel, es ist Zeit, für unser schönes Leben in Freiheit einzustehen – auch wenn nicht alles immer passt. Die ALTERNATIVE könnte ein bitteres Aufwachen sein.

Gedanken zur Europawahl – in der Zeit der Veränderungen

Von Christoph Brüssel und Walter Döring

Das Ergebnis einer langen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen unserer aktuellen Zeit ist klar, eindeutig und ebenso nicht so einfach umsetzbar. Wir brauchen eine starke Europäische Union, um den zahlreichen Krisen und Herausforderungen sowie den daraus resultierenden Veränderungen und Transformationen im 21. Jahrhundert zu begegnen. Eine kritische Auseinandersetzung und eine offene Diskussion über bestehende Fakten, zukünftige Entwicklungen und Lösungsansätze sind dabei unabdingbar.

Die Zeit der Veränderungen ist geprägt durch die andauernden Krisenperioden und gleichermaßen durch erforderliche Transformationen. Diese Realität muss die Basis grundlegender Überlegungen und Betrachtungen für ein Zukunftsbild Europa sein.[1]
Was macht uns in der unmittelbaren gesellschaftlichen und ökonomischen Struktur aus? Welche Erwartungen stehen zur Planung bereit und was kann eine Standortbestimmung bedeuten? Wer sind wir in Europa, wer sind wir mit Europa? Rechtfertigt sich das Feuer, das für eine Gemeinschaft der Gemeinsamkeiten brennt?
Die Perspektiven einer solchen Aufgabe zu beschreiben und die Fragen zu beantworten, war die Aufgabe einer Publikation, die gemeinsam mit einer größeren Gruppe profilierter Autoren angegangen wurde.
Eine Betrachtung sollte nicht ohne einen prägenden, ebenso kritischen Blick auf bestehende Fakten wie zukünftige Gegebenheiten erfolgen. Ohne die Offenheit zur ständigen Justierung und Optimierung bleibt wenig Hoffnung auf die erforderliche Akzeptanz dieser Europäischen Union. Unser Europa benötigt loyale Gefolgschaft als ihr wichtigstes Bindemittel. Demokratie und Liberalität, Rechtsstaatlichkeit, Freizügigkeit und ausgeprägte Selbstbestimmtheit der Gesellschaften sind anspruchsvolle Kostbarkeiten. Die Union kann eben nur wirksam von Dauer sein, wenn die Gefolgschaft durch Akzeptanz als Wert anerkannt wird.

1 Folgende Passagen aus nomos tectum/titel/mehr-europa-wagen-id-117938/ Brüssel Döring Götze.

EUROPAWahl
6. bis 9. Juni
2024

Wir brauchen eine starke Gemeinschaft, das ist gerade in der gegenwärtigen Krisenperiode spürbar! Alleine werden die einzelnen Länder viel zu klein, viel zu anfällig, viel zu schnell von „den Großen" zu überholen sein. Zu wenig wird Europa als Gemeinschaft gewürdigt und in Bereichen genutzt, in denen gerade die Union der Länder Europas erst richtig sinnvoll erscheint: Der gemeinsame Markt ist richtig, gemeinsame Energiebeschaffung wäre sicher vorteilhaft, gemeinsame Verteidigungsbeschaffung gewiss eine sichere Sache. Die gemeinsame Problemlösung der Zukunftsthemen scheint unabdingbar.

Sehr weitgehend die These einer der weltweit dienstältesten Außenminister, Jean Asselborn, der in dieser Publikation von einer gemeinsamen Regierung der EU und 37 Mitgliedstaaten im Jahr 2050 ausgeht. Eine Logik, die aus der weiter steigenden Komplexität bei gleichzeitigem Bedarf an Stärke durch Zusammenschluss und Gemeinschaft als Friedenswerkzeug ausgeht. Die Erweiterungsideen von Jean Asselborn nehmen aktuell an Realisierungschancen zu: Die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) hat auf Initiative von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron in Grenada Anfang Oktober 2023 erneut unterstrichen, dass die Aufnahme weiterer EU-Staaten – zum Beispiel die Länder des westlichen Balkans – in die Europäische Union nun konkret angegangen und beschleunigt umgesetzt werden soll. Nachdrücklich für eine zeitnahe – bis 2030! – Aufnahme weiterer Staaten hat sich EU-Erweiterungskommissar Oliver Várhelyi ausgesprochen: Eine solche Erweiterung ist machbar, wenn die EU und die Kandidaten „ihre Anstrengungen verdoppeln".[2]

Die Gemeinschaft Europas und der Zusammenschluss zwischen Ländern als Friedens- und Verteidigungswerkzeug spiegeln sich auch in den Ergebnissen der Umfrage des Senats der Wirtschaft wider, die in Kapitel III dieser Publikation dargestellt werden. Auf den ersten Blick mag es dabei erstaunen, dass die beiden Themen – Verteidigung und Freihandel – hier eine gemeinsame Überschrift bilden; aber wie gesagt, nur auf den ersten Blick. Denn gleich zwei Gründe sprechen dafür, ein formaler und ein inhaltlicher: Beide Themen fanden mit jeweils etwa 95 Prozent die höchste Beipflichtung der befragten Mitglieder des Senats, alles praktische Experten aus Unternehmen. Sowohl die Notwendigkeit zu mehr Verteidigungsanstrengungen als auch die für mehr, für neue Freihandelsabkommen fanden eine nahezu ungeteilte Zustimmung.

Zur inhaltlichen Begründung: Verteidigung und Friedenssicherung auf der einen und Freihandelsabkommen auf der anderen Seite sind die beiden Seiten ein und derselben Medaille, wenn es um internationale Zusammenarbeit und internationale Sicherheitsstrategien geht. Populär ausgedrückt: Wer miteinander redet, hier: handelt, schießt nicht aufeinander.

Der Ursprung hierfür liegt in der lange Zeit gepflegten Überzeugung, dass „Wandel durch Handel" auch ein Beitrag zur Friedenssicherung ist.

2 Alexandra Brzozowski (2023): EU-Kommissar: Vorschläge zur EU-Erweiterung im Oktober zu erwarten, in https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/interview/eu-kommissar-vorschlaege-zur-eu-erweiterung-im-oktober-zu-erwarten/, abgerufen am 23.10.2023.

Es ist Zeit, über eine ausgeglichene Sozialstruktur in Europa zu entscheiden

Nach manchen Enttäuschungen in diesem Zusammenhang ist die „Parole“ abgelöst worden von „Wandel im Handel“, was zur Folge hatte und hat, dass sich Deutschland und Europa mit großen Anstrengungen um neue Freihandelsabkommen bemühen, dies auch, um einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren, und dabei auch – endlich – einige Erfolge aufweisen können, Beispiel: Das Abkommen mit Kanada, CETA, ist unter Dach und Fach.

Die Union als Lösungsgemeinschaft – neue Herausforderungen bieten neue Chancen der Gemeinsamkeit

Zu wenig wird die Gemeinschaft Europa in Bereichen genutzt, in denen gerade die Union der Länder Europas erst richtig zur Geltung kommen könnte: gemeinsame Problemlösungen der Zukunftsthemen – Lösung der Herausforderung erforderlicher Transformationen.

Zwei Themen sind in den politischen Etagen der Euro-Union seit Jahren unbestritten diskutiert:

- Die digitale Transformation und deren nicht zu stoppende Veränderungen, in jedem Fall grenzenlos und vergleichbar disruptiv in allen Regionen.

- Die bestehenden Renten- und Sozialsysteme bedürfen einer reformatorischen Veränderung, sollen sie der Zukunft standhalten. Das gilt für nahezu alle Länder, mehr oder weniger, aber eindeutig. Viele unterschiedliche Systeme, jedoch alle mit dem Problem Zukunft.

Klug zusammengedacht, mag es ein Startsignal für weitere Gemeinschaft geben. Die digitale Entwicklung, KI und die enormen Rechenleistungen führen neben vielem auch zu der sehr großen Wahrscheinlichkeit, dass bald das menschliche Genom entschlüsselt sein wird.

Eine der schon heute teilweise bestehenden Ergebnisse wird die Möglichkeit, per Biomasse künstlich lebensfähige Organe zu schaffen. Einzelne sind bereits reproduzierbar und einsetzbar. In nicht ferner Zukunft ist damit zu rechnen, dass auch lebenswichtige Organe lebensfähig aus dem „3D-Drucker kommen“. Herz, Lunge, Leber und weitere. Die Konsequenz wird sein, dass Menschen regelhaft länger leben werden. Bereits jetzt rechnen wir mit einer Lebenserwartung unserer Kinder von bis zu 100 Jahren in nennenswerter Zahl. Mit unbegrenzt reproduzierbaren Organen als Ersatzteile für Menschen werden 110 oder 120 Jahre als gewöhnliche Lebenszeit denkbar. Nicht definierbar, aber möglich. Also sollte es nicht der Sache wert sein, ein solches Szenario zu durchdenken?

Was wird dann die regelhafte Altersversorgung werden? Zukünftig 35, 40 Jahre Rentenzeit, oder Rente erst mit 80?

Die unterschiedlichen Rentensysteme der Länder Europas haben keine Antwort, allerdings ist bereits heute klar, Reformen sind zwingend. Also sollte es doch ein Anlass sein, die Zukunft gemeinsam zu durchdenken.

Politiker wissen, Veränderung tut not, jedoch ist der Weg noch nicht gefunden. Hier ergibt sich die Chance, über ein geschlossenes einheitliches Rentensystem in ganz Europa nachzudenken. Es wäre ein gebotener Anlass, würde auch die verschiedenen Regierungen und Gesellschaften mit einem notwendigen Argument ausstatten, mutig Reformen, Neustart und Zukunft zu wagen.

Ergibt auch Sinn, denn könnte andernfalls nicht eine weitere Wanderungsbewegung zu erwarten sein? In die EU-Regionen, die eine bessere Alterszeit vermuten lassen. Denken wir über die potenzielle Altersruhe von mehreren Jahrzehnten nach, dann wird dies schnell zum wesentlichen Kern der Lebensplanung.

Also, es ist Zeit, über eine ausgeglichene Sozialstruktur in Europa zu entscheiden. Neue Zukunftsbilder, zu erwartende Veränderungen bei allen, bieten auch die Chance, sie bieten den Anlass, neue Wege zu gehen – gemeinsam. Ein einheitliches neues Rentensystem, vielleicht der Anlass, sich zu trauen – als Gemeinschaft zu trauen.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Artikel 14(2) Grundgesetz

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

KYOCERA Document Solutions
www.kyoceradocumentsolutions.de

BHS
www.bhs-world.com

CISION
www.cision.com

BOWA EINFACH SICHER
www.bowa.de

vollack
www.vollack.de

IVA SCHMETZ
www.iva-schmetz.de

RUCH NOVAPLAST ideen form geben
www.ruch.de

TE connectivity
www.te.com

Electrolux
www.electrolux.de

dichtl Chocolatier
www.dichtl.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Gut für Deutschland und gut für Europa

Deutsche wollen keinen „Dexit“

Dr. Walter Döring

Von Walter Döring

Die FAZ hat jüngst eine Befragung der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Einstellung der Deutschen zur EU zitiert und deren Ergebnis mit der Überschrift versehen: „Nichts mit Dexit“. Also kein Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union, kein „Dexit“! Gut so! Dieser Befragung zufolge würden die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger bei einer Volksabstimmung über die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU mit stolzen 87 Prozent „Ja“ zur EU-Mitgliedschaft sagen.

Interessante Ergebnisse förderte diese Umfrage auch bezüglich der Themen zutage, mit denen die Bürger und Bürgerinnen die EU in Verbindung bringen: „59 Prozent mit Frieden, 50 Prozent mit Sicherheit, 70 Prozent mit Wohlstand. Gut drei Viertel weisen der EU die Aufgabe des Klimaschutzes zu, und immerhin 71 Prozent finden, die Europäische Union solle sich um Verteidigungsaufgaben kümmern.“ Diese hohe Befürwortung von dem „Kümmern um Verteidigungsaufgaben“ deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen der Europa-Studie unserer Senate, in welcher sich ebenfalls eine hohe Zustimmung für vermehrte Verteidigungsanstrengungen ergeben hatte.
Erfreulicherweise haben sich im FOCUS Anfang Februar 2024 zahlreiche Top-Manager und -Managerinnen sowie Unternehmer und Unternehmerinnen wie Oliver Blume von PORSCHE, Michael Vassilliadis von der IGBCE, Judith Borowski von Glashütte sowie Anna Maria Braun von B. Braun Melsungen u.v.a. pro EU geäußert. Anna Maria Braun: „Ohne die EU und den Weltmarkt könnten wir als Unternehmen in Deutschland nur einen Bruchteil unserer Produktion und Arbeitsplätze erhalten.“ VDA-Präsidentin Hildegard Müller bezifferte den Arbeitsplatzverlust in FOCUS online auf „2,2 Millionen“. Das Bundeswirtschaftsministerium fasst an anderer Stelle zusammen: „Im Jahr 2022 betrug der Anteil der deutschen Exporte in Länder der EU am gesamten deutschen Exporthandel 54,6 Prozent.“ Zusammengefasst ziemlich klare Aussagen und Fakten, die eindeutig belegen, welche Bedeutung die Europäische Union für die deutsche Wirtschaft hat!

Gegen einen „Dexit“ sprechen auch die schlechten Erfahrungen Großbritanniens, die wohl viele der befragten Deutschen bei ihrer Entscheidung mitberücksichtigt haben: Selbst Nigel Farage, anfangs einer der größten Befürworter des EU-Austritts Großbritanniens, gehört angesichts der negativen Folgen des „Brexits“ nun zu dessen Kritikern. BBC gegenüber erklärte er in ebenso wenigen wie klaren Worten: „Der Brexit ist gescheitert!“

Britische Ökonomen und vor allem die britische Wirtschaft sind sich einig: Der Austritt aus dem europäischen Binnenmarkt hat sich „ganz klar negativ“ auf den Handel und die Wirtschaft ausgewirkt. Die Fakten sprechen da eine klare Sprache: Nach einer Analyse der bundeseigenen Gesellschaft German Trade and Invest, GTAI, rutschte wegen der Folgen des EU-Ausstiegs und der schlechten Lage der britischen Autoindustrie Großbritannien 2022 erstmals in der jüngeren Geschichte aus den Top Ten der deutschen Handelspartner. Aber natürlich war nicht allein der Blick auf die Insel ausschlaggebend für das „Nein“ zum „Dexit“, sondern vor allem die ganz nüchterne Betrachtung auf die Bedeutung der Europäischen Union für die Bundesrepublik Deutschland.

Es sind neben den oben schon angeführten Argumenten mindestens die folgenden auch von der Bundesregierung genannten acht Punkte, die aufzeigen, dass es nicht „nur“ um „die Wirtschaft“ – kein Land profitiert so sehr von der EU wie Deutschland –, sondern schlicht um alle Bereiche eines rundum „guten Lebens“ in unserem Lande geht: Ganz vorne steht natürlich – gerade jetzt in diesen höchst unsicheren Zeiten – die Sicherung des massiv bedrohten Friedens. Für diese Friedenssicherung, die eine tägliche große Herausforderung darstellt, erhielt die EU 2012 den Friedensnobelpreis. Nur in der Gemeinschaft der EU hat Deutschland, wenn überhaupt, eine Chance, auf Frieden hinzuwirken! Gemeinsamer Wert der EU: Frieden ist das Wichtigste.

Gleich danach kommt die Aufgabe, den Klimaschutz weltweit voranzutreiben. Dank der EU sind die Standards – Stichwort „Green Deal“ – im weltweiten Vergleich die höchsten und setzen damit für alle anderen Staaten der Weltgemeinschaft Maßstäbe.

Nächster Punkt: Deutschland stellt gerade einmal noch ein Prozent der Weltbevölkerung; eindeutig zu wenig, um die Welt mitgestalten zu können. Wenn wir aber zum Beispiel beim globalen Handel gegenüber China und USA noch Gehör finden wollen, dann gelingt dies nur in der Gemeinschaft mit den anderen Mitgliedsländern der EU. Daraus ergibt sich logischerweise der vierte Punkt: Der EU-Binnenmarkt ohne Barrieren ist für das exportorientierte Land Deutschland von herausragender Bedeutung. Nach Expertenberechnungen der Bertelsmann-Stiftung erhöht dieser EU-Binnenmarkt das Pro-Kopf-Einkommen der Deutschen um immerhin 1000 Euro jährlich!

Weitere wesentliche Argumente „Pro EU“ sind der Schutz vor unlauterem Wettbewerb und vor Kartellen, die weltweit höchste Sicherheit bei Lebensmitteln sowie generell ein hoher Verbraucherschutz, darüber hinaus Niederlassungsfreiheit und freie Berufswahl in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft und schließlich Vielfalt der Kulturen, der Landschaften, der Lebensgewohnheiten und des gegenseitigen Respekts.

Zahlreiche Unternehmen in unseren Senaten beschäftigen eine Vielzahl von Mitarbeitenden aus mehreren Ländern, auf die sie angewiesen sind. Alle teilen die Werte der Europäischen Union, deshalb senden alle Senate das klare Signal aus: Wir wollen nicht nur keinen „Dexit“, sondern wir wollen ein Europa, das größer ist als die EU, um Frieden und Freiheit und Wohlstand für alle Europäerinnen und Europäer dauerhaft zu sichern.

Fazit: Das „Umfrage-Ja“ zur Mitgliedschaft in der EU und somit das „Umfrage-Nein“ zu dem sogenannten „Dexit“ sind gut für Europa, vor allem aber sehr gut für Deutschland!

Hans Jörg Schrötter
Europa
Das Lexikon
4. Auflage
Nomos

Buchtipp:

Europa. Das Lexikon

Von Uly Köhler

In seinem 1963 erschienenen Buch „Die Idee Europa als Gedanke und Tat“ formuliert Geoffrey Barraclough einen interessanten Gedanken: „Europa“, so schreibt der britische Historiker, „hat sich seit seinem Bestehen nie für, sondern immer nur gegen etwas zusammengeschlossen.“
Bestätigt der neue Krieg auf unserem Kontinent diese These? Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine zeigte sich in der Tat eine bemerkenswerte Geschlossenheit des Westens – und namentlich in den Reihen der Staaten der Europäischen Union. Hilfsangebote an das überfallene Land ließen die westlichen Partner auf der globalen Bühne wieder überraschend sichtbar werden.
So war es an der Zeit, dieses ebenso bewährte wie zuverlässige kleine Nachschlagewerk in aktueller Fassung vorzulegen. Die inzwischen 4. Auflage wurde um zahlreiche Aspekte und viele neue Stichworte ergänzt. Neben den wertvollen „Basis-Informationen“ für jeden, der mitreden, mitdiskutieren, mitplanen möchte, sind die Zeichen und Themen der Zeit wie bisher knapp und in praktischem Taschenbuchformat nachzuschlagen.

Was ist der Unterschied zwischen Europäischem Rat und Europarat? Wo liegen die Ursachen für die zahlreichen Krisen, die Europa gemeistert – oder noch vor sich – hat? Das Buch erklärt, wie unser neues Europa „funktioniert“, welche ungeahnten Freiheiten und Chancen es uns bietet, und warum es mitunter nicht funktioniert. Anschaulich analysiert der Autor das gesamte Spektrum aktueller Themen.
„Europa“ ist kein Eliteprojekt. Nur über Kenntnis und Verständnis kann Akzeptanz wachsen – für das neue Europa. Es ist zugegeben unperfekt; aber es ist das Erstaunlichste, was wir auf unserem Kontinent in den letzten Jahrhunderten auf die Beine gestellt haben.

*„Die Neugierde auf das Europa der Gegenwart und in der Zukunft wird geweckt. Wir alle tragen mit unseren kleinen und großen Entscheidungen dazu bei, wie Europa zukünftig aussehen wird. Hierzu kann auch dieses Buch helfen, diese Entscheidungen informiert zu treffen.“ **

*Auszug aus dem Grußwort der Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V., Dr. Linn Selle

Europa und die EU sind zweierlei

Die 27 Mitgliedstaaten der EU sind von ganz unterschiedlichen demokratischen und parlamentarischen Traditionen geprägt. Das Zusammenspiel dieser Staaten auf der Ebene der Regierungen, die Stellung der Abgeordneten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments und der Weg zu den notwendigen europäischen Kompromissen ist häufig nicht einfach zu überblicken. Hier ist trotz Internet mit dem mitunter interessengeleiteten Informationszugriff auch eine objektive und verständlich formulierte Darstellung der Geschehnisse und Begriffe notwendig. Schnell und umfassend werden umfassende Informationen über Europa geboten. Die Zusammenhänge der europäischen Politik werden aufgezeigt, ebenso die mitunter mühevollen und schwierigen Wege hin zu einer Zusammenarbeit.
Neben den Fakten und Geschichten werden auch die kontroversen Dinge deutlich benannt. Ob Schwächen des Integrationsprojektes, Meinungsstreit um Außengrenzen oder Krisen und Defizite. Hier werden Zugänge zur Geschichte und zur Politik des Kontinents geliefert.

Zur Person:

Dr. Hans Jörg Schrötter
Journalist, Volljurist und Sachbuchautor, war zunächst wissenschaftlicher Assistent am Institut für Internationales Recht der Universität München, dann Referent für Europäische Verkehrspolitik und Europarecht im Bundesverkehrsministerium, danach Referatsleiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Hans Jörg Schrötter, „Europa. Das Lexikon“, 4. komplett neu bearbeitete Auflage,
NOMOS Verlag Baden-Baden 2023, 425 Seiten, 29,00 Euro
ISBN 978-3-7560-0 (Print)
978-3-7489-1564-5 (ePDF)

Einige menschliche Fähigkeiten wird man im kommenden Jahrzehnt dem Computer beibringen, aber nicht das logische Denken.

Bill Gates

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

LOSANO
Innovative Desinfektion
www.losano.de

IBB
WEITER MIT BILDUNG
www.ibb.com

IRS
INTELLIGENT REPAIRS
www.irs-group.com

THOMAS PREUHS
Holding GmbH
www.preuhs-holding.de

NANOTERRA
WALK THIS WAY
www.nanoterra.net

oerlikon
balzers
www.oerlikon.com/balzers/de

CHAMPIGNON
HOFMEISTER
FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT 1908
www.champignon.de

Posthotel
ACHENKIRCH
www.posthotel.at

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Total Recruiting

Personalmangel: Eine lösbare Aufgabe!

Wir stehen erst am Beginn der Personalknappheit. „Total Recruiting“ ist ein neuer strategischer Ansatz, der die Wucht des Personalproblems ernst nimmt

Von Stephan Rotthaus

Stephan Rotthaus

Der Personalmangel ist akut. Aber er wird sich in den nächsten Jahren noch deutlich verschärfen. Entscheidend ist, wie Sie am Anfang dieser Entwicklung reagieren. Ihr oberstes Ziel muss sein, diese Abwärtsspirale zu vermeiden, zu stoppen oder schnellstmöglich ins Positive zu wenden. Je früher und je entschlossener Sie dies tun, desto geringer ist der erforderliche Mitteleinsatz.

Total Recruiting – woher kommt die Idee?

Aus jahrelanger Praxiserfahrung in Deutschland, Österreich und der Schweiz ist im Jahre 2022 die Strategie des „Total Recruiting“ entstanden. Angelehnt an das Total Quality Management, welches 1951 zum ersten Mal in Japan erfolgreich angewandt wurde, wird der gesamte Personalzyklus laufend optimiert.

„Total Recruiting“ kombiniert drei Basisstrategien

Total Recruiting kombiniert drei Basisstrategien: schnelles und entschlossenes Handeln, die ständige Optimierung des gesamten Personalzyklus und die Aktivierung aller Mitarbeitenden als Akteure in der Personalgewinnung und Mitarbeiterbindung (siehe Grafik).

Nicht in die Abwärtsspirale kommen

Sind die ersten Löcher in die Personaldecke gerissen, treten drei negative Effekte auf: Erstens Umsatzausfälle und/oder erhöhte Kosten für Temporärkräfte. Zweitens höhere Arbeitsbelastung bei den verbleibenden Mitarbeitenden, Schwächung des Teamzusammenhaltes und negative interne Stimmung. Drittens die Notwendigkeit, auch schlechter geeignete Bewerbungen zu akzeptieren.

Quantitatives Ziel: zeitnahe Vollbesetzung aller Stellen

Es ist wie bei der Seefahrt: Der erste und wichtigste Schritt ist, das Ziel festzulegen. Nur durch ein gemeinsames Ziel kann man Kräfte mobilisieren. Tatsächlich sehen wir bei vielen Unternehmen: unklare Ziele, zu kurzfristiges Denken, zu defensives und zaghaftes Agieren. Angesichts der sich künftig weiter verschlechternden Arbeitsmarktsituation kann das oberste Ziel nur sein: eine zeitnahe Vollbesetzung aller Stellen. Dadurch die Mitarbeitenden entlasten. Dadurch vermeiden, dass die interne Stimmung und der Personalbestand erodieren.

Qualitatives Ziel: die richtigen Mitarbeitenden

Zur zeitnahen Vollbesetzung aller Stellen kommt hinzu: Versuchen Sie, die richtigen Mitarbeitenden zu finden, die zu Ihrem Haus passen. Formulieren Sie hierzu ein klares Bild und transportieren Sie dieses Profil offensiv. Ziel muss ein, dass Sie die richtigen Mitarbeitenden auswählen können. Ziel muss auch sein, dass Sie sich von einzelnen Mitarbeitern wieder trennen können. Die Aufgabe ist: Trotz der widrigen Umstände am Personalmarkt wieder eine Pull-Situation schaffen. Manche Häuser sind hier in einer besseren Ausgangssituation, für andere Firmen ist dies kaum noch zu erreichen. Kleinere Unternehmen mit einem geringen Anteil am Arbeitsmarkt haben es leichter, sich auf eine Wunsch-Zielgruppe zu fokussieren. Sie sollten dies dann auch tun.

Hohe Kosten von zu geringen Investitionen

Was kostet ein Personalwechsel? Was kostet eine vakante Stelle? Personalsuche, Mehrkosten durch Leihkräfte, Umsatzausfälle, Aufwand für die Einarbeitung, evtl. Abspringen vor Arbeitsantritt oder in der Probezeit – die Kosten summieren sich. Und zwar mit jedem Personalwechsel erneut.

Investieren Sie deutlich mehr als Ihre Wettbewerber

Wer wartet oder halbherzig reagiert, riskiert Umsatzausfälle, Erosion der Teams, Reduzierung von Leistungen. Ein stückchenweises Reagieren löst das Problem nicht. Eine entschlossene Investition in die Optimierung des gesamten Personalzyklus ist nachhaltiger und schon kurzfristig kostengünstiger.

Den Dominoeffekt unbedingt vermeiden

Schon immer verursachte eine Kündigung Aufwand. Jetzt kommt hinzu: Bis zur Wiederbesetzung kann es dauern – die Arbeitskraft fehlt, das unterbesetzte Team wird zusätzlich belastet. Und noch schlimmer: Viele unbesetzte Stellen schrecken neue Bewerber ab. Und jede Kündigung zeigt den verbliebenen Mitarbeitenden, dass man es auch selbst woanders probieren könnte.

Vergrößern Sie den Attraktivitätsabstand

Im Markt zeigt sich schon jetzt: Einigen Unternehmen gelingt es gut, Personal zu gewinnen und zu halten.

Unternehmen müssen jetzt alle Register ziehen, um nicht in die Abwärtsspirale zu kommen

In anderen Firmen sind die Personallücken deutlich größer. Schaffen Sie es, den Kopf über Wasser zu halten und die offenen Stellen zeitnah zu besetzen, gewinnen Sie einen unschätzbaren Vorteil: Mit jeder weiteren Verschärfung des Personalmangels vergrößert sich der Abstand zwischen den attraktiven und den schlecht positionierten Unternehmen – ein sich selbst verstärkender Wettbewerbsvorteil!

Nehmen wir uns nur gegenseitig die Leute weg?

Tatsächlich sind viele Maßnahmen im Personalmarketing ein Nullsummenspiel: Im Wettbewerb wirbt man sich gegenseitig das Personal ab. Per Saldo wandern Arbeitskräfte zu den Arbeitgebern mit den attraktiveren Gesamtpaketen. Dabei treibt die Knappheit des Personals die Preise hoch – aber auch nichtmonetäre Aspekte entscheiden über die Attraktivität! Hier unterscheiden sich die Wettbewerber erheblich. Hier können Sie mit überschaubarem Aufwand Ihre Wettbewerbsposition verbessern.

Was entspannt den Personalmangel insgesamt?

Manche Maßnahmen bringen aber auch einen Nutzen für die Gesamtwirtschaft, indem sie den Arbeitskräftebedarf senken oder das verfügbare Arbeitsangebot erweitern: effizientere Prozesse, eine frühere Rückkehr von Wiedereinsteigern, Arbeiten über den offiziellen Rentenbeginn hinaus, höhere Wochenarbeitszeiten von Teilzeitkräften, geringere Krankenstände. Zu jedem dieser Punkte gibt es konkrete Maßnahmen, die eine spürbare Entlastung der Personalsituation bringen.

Trommeln auf Social Media reicht nicht

Eine intensive Präsenz auf den Social-Media-Plattformen ist unerlässlich und bringt oft gute, auch kurzfristige Effekte. Ausreichend sind solche Maßnahmen nicht, zumal die Wettbewerber hier erfahrungsgemäß rasch nachziehen.

Sind Sie im Auf- oder Abwind?

Wenige Unternehmen haben hier klare – und trotzdem einfache – Messzahlen. In noch weniger Firmen ist dieses Thema auf dem Schirm der obersten Unternehmensleitung. Das müssen Sie ändern. Es ist entscheidend zu erkennen, ob Sie gerade im Auf- oder im Abwind sind. Ob der Ressourceneinsatz reicht. Ob Sie nachsteuern müssen.

Jetzt alle Register ziehen

Die Potenziale in allen Schritten des Personalzyklus müssen jetzt energisch gehoben werden. Überall sind Optimierung der Konversionsquoten und die Hebung von Arbeitszeitreserven möglich: bei den Kampagnen, den Klickraten, im Bewerbungsprozess, beim Onboarding, bei Reduzierung von Krankenstand und Fluktuation, durch Springerpools, durch Optimierung des Austrittsprozesses und Wiederkehrerprogramme.
Gehen Sie dies jetzt entschlossen an. Holen Sie sich Unterstützung. Das Personalthema hat jetzt oberste Priorität.

Zur Person:

Stephan Rotthaus
ist internationaler Kommunikations- und Marketingexperte. Nach einer Kaufmannslehre folgten ein Studium der Sozialwissenschaft und das Examen Philosophicum an der Universität Oslo. Lehrtätigkeiten an der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Universität St. Gallen. Sachverständiger des Wissenschaftsrates. Kongresspräsident, Buchautor und Initiator eines renommierten Management-Award. Geschäftsführender Gesellschafter der Strategieberatung rotthaus.com. Mitglied im Senat der Wirtschaft seit 2019.

www.total-recruiting.com
www.linkedin.com/in/rotthaus/sr@rotthaus.com

Es gibt für uns keinen Reserveplaneten.

Franz Alt

DISCHER®
www.discher.de

AVIA BANTLEON
Ideen. Systeme. Lösungen.
www.bantleon.de

Rila
FEINKOST-IMPORTE
www.rila.de

ESE
www.ese.com

KREMER®
KAUTSCHUK | KUNSTSTOFF
FORMTEILE & SYSTEME
www.kremer.de

WELT WALD KLIMA
WORLD FOREST FOUNDATION

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Herausforderung Fachkräftesicherung für Deutschland und Europa

Von Rainer Dietrich

Rainer Dietrich

Weltweit gehen mehr Atomkraftwerke vom Netz, als neue in Betrieb genommen werden. Dieser Abwärtstrend äußert sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Der Fachkräftemangel ist jetzt schon bedeutsam und wird sich noch weiter verstärken.
Das ist misslich, denn man braucht qualifizierte Fachkräfte für den Rückbau kerntechnischer Anlagen in Deutschland und parallel für den Betrieb bestehender Kernkraftwerke im europäischen Wirtschaftsumfeld.
Das Problem Fachkräftemangel ist so drastisch, dass der geordnete Ausstieg in Deutschland kaum noch möglich ist, weil qualifizierte Fachkräfte fehlen, die den Abbau eines Kernkraftwerks begleiten.

Macht es überhaupt noch Sinn, in die Berufswelt eines Kernkraftwerks einzusteigen?

Ja unbedingt! Nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Stilllegung und Entsorgung wird es über Jahrzehnte attraktive Arbeitsplätze geben. Wer einmal im Kernkraftwerk gearbeitet hat, beherrscht zudem seinen Job mit Sicherheit sehr gut. Das weiß man nicht nur in der Energiebranche, sondern in der ganzen Industrie. Die technische Entwicklung geht zudem weiter. Kernenergie hat Zukunft. Viele Länder setzen wieder verstärkt auf Kernenergie, nicht zuletzt, um die Abhängigkeit von fossilen Energien zu reduzieren. Mir persönlich scheint es grundverkehrt, angesichts des Klimawandels die leistungsstärksten Kraftwerke vom Netz zu nehmen oder die Technologie ganz zu verbieten.
Der demografische Wandel verändert Deutschland so tiefgreifend wie kaum eine andere gesellschaftliche Entwicklung und ist eine der Ursachen für den wachsenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften.
Fachkräfte sichern Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität. Angesichts der demografischen Entwicklung ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte für alle Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kaum eine andere Aufgabe ist so anspruchsvoll wie die Stilllegung und der Rückbau von kerntechnischen Anlagen in Deutschland

Wir haben schon vor Jahren die richtigen Schritte in Sachen Agilität und Transparenz eingeleitet. Die entscheidenden Treiber unseres Wachstums waren neben der Flexibilisierungsstrategie innerhalb unserer Unternehmensgruppe vor allem die motivierten Mitarbeiter, die ein Unternehmen erfolgreich machen. Das höchste Kapital eines Unternehmens sind gerade in schwierigen Zeiten seine Mitarbeiter!
Wachstum ist niemals fertig. Veränderungen kündigen sich an. Ansprüche verändern sich.
Wir achten penibel auf das Entwicklungspotenzial unserer Mitarbeiter, die mit dem Unternehmen wachsen, und setzen mit unterschiedlichen Anreizsystemen die nötigen Signale. Dafür setzen wir sowohl monetäre Leistungsanreize als auch nichtmonetäre Bildungsanreize.
Die Sicherung einer starken Fachkräftebasis ist entscheidend, um auch die zukünftigen Anforderungen stemmen zu können. Hier wollen wir gemeinsam an verschiedenen Punkten ansetzen, um diese Herausforderung anzugehen.

Strategie zur gezielten Gewinnung von Fachkräften aus Thailand

Damit dies gelingt, müssen wir bereits heute die richtigen Maßnahmen in Gang setzten, um die Potenziale im Inland und im Ausland nutzen zu können.
Schon heute profitieren wir in großem Maße von thailändischen Arbeits- und Fachkräften, die sich bereits seit Jahren für ein Leben in Deutschland entschieden haben.
Im Dezember 2023 konnten wir bei Feierlichkeiten zu Ehren des verstorbenen König Bhumibol, gemeinsam mit dem Generalkonsul aus dem Königlich Thailändischen Generalkonsulat Frankfurt, nicht nur über die deutsch-thailändische Freundschaft, sondern auch über die Fachkräfteoffensive Thailand sprechen.

Ein Gewinn für beide Seiten

Zur Person:

Rainer Dietrich
Geschäftsführender Gesellschafter Cosmos GmbH
Service für Industrie und kerntechnische Anlagen

Autonomes Fahren ist Schlüssel der Mobilität

KI muss auch made in Germany sein

Von Michael King-Rolland

Volker Wissing

„In Deutschland werden die eigenen Leistungen oftmals schlechtgeredet. Jedes Problem wird schnell als unlösbar erklärt", sagte Bundesminister Volker Wissing bei einem Treffen mit Vertretern des amerikanischen Senate of the Economy und der Association for Corporate Growth in Los Angeles. „Wir leiden oftmals unter unserer Tradition, wenn es darum geht, die Zukunft zu gestalten", so Wissing zu Beginn seiner diesjährigen USA-Reise. Amerikaner hingegen hätten einen optimistischeren, sehr pragmatisch-lösungsorientierten und zukunftsgerichteten Ansatz, betonte der deutsche Minister in der kalifornischen Metropole. Innovations- und Risikofreundlichkeit seien Teil des amerikanischen Mindsets. Dass wir in Deutschland und Europa keine großen Tech-Unternehmen haben, so Wissing, hänge vor allem mit der sehr strikten Finanzmarktregulierung bei uns zusammen.

In Zeiten von Krieg sowie wachsendem Einfluss von autoritären Systemen müssten die gleichgesinnten Staaten stärker zusammenstehen. Er, Wissing, habe kürzlich in Washington D.C. seine amerikanischen Ministerkollegen getroffen und sei sich mit ihnen in Zielen einer „Like minded"-Wirtschaftspolitik einig. In diesem Zusammenhang sprach sich der Bundesminister für eine stärkere internationale Zusammenarbeit aus, um einen gemeinsamen Markt zu schaffen und Investitionen zu fördern.

Im Vorfeld der größten Tech- und Elektronikfachmesse der Welt CES besuchte Wissing den fahrerlosen Taxiservice von Waymo in Los Angeles. „Autonomes Fahren ist ein Schlüssel, um die Straßen in Großstädten zu entlasten und gleichzeitig Mobilität bis vor die Haustür zu sichern", resümierte der deutsche Bundesverkehrsminister nach seiner Testfahrt mit dem fahrerlosen Taxiservice der Google-Tochter Waymo. Der Taxiservice stehe derzeit in Kalifornien und Phoenix zwar nur einer limitierten Personengruppe kommerziell zur Verfügung, solle aber im Laufe des Jahres in Kalifornien allen zugänglich gemacht werden. In Deutschland sei die Technologie bei allen Beschleunigungsaktivitäten derzeit noch im Pilotstadium.

Vor Repräsentanten des Senate of the Economy US und anderen Unternehmern wies Wissing darauf hin, dass ihm bei seinem Amtsantritt im Jahre 2016 als rheinland-pfälzischer Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Verkehrsminister gesagt worden sei, es lohne nicht, den Fokus auf autonomes Fahren zu richten. Das werde noch lange Zeit nicht kommen. Er habe schon damals konstatiert, dass die Landwirtschaft hier deutlich schneller als die Automobilindustrie gewesen sei. Das hänge damit zusammen, dass die Gewinnmargen in der Landwirtschaft geringer als in der Automobilindustrie seien und sich von daher jede Effizienzsteigerung bei Prozessen signifikant bemerkbar mache. Stichwort: Smart Farming.

Die wachsende Bedeutung des Einsatzes von KI (künstliche Intelligenz) im Verkehrsbereich wurde auch beim Besuch des Ministers bei BMW Design Works sowie im Mercedes-Forschungszentrum bei der Präsentation von Level-3-Anwendungen thematisiert. Design Works, das Designberatungsunternehmen von BMW, arbeitet daran, KI in die Mobilität zu bringen, etwa durch KI-Assistenten im Auto, damit sich Mensch und KI gut verstehen und sicher und komfortabel ans Ziel kommen.

Dinge, die wir rund um KI heute noch nicht wissen, sind uns nächstes Jahr vielleicht schon klarer

Beim Treffen mit Evan Spiegel, dem Gründer und CEO des kalifornischen Tech-Unternehmens Snap Inc. informierte sich Minister Wissing über die Entwicklung von „Augmented Reality"-(AR)-Anwendungen und testete hierbei auch die neueste AR-Brille Spectacles. Anschließend sprach Wissing mit Spiegel über die Verantwortung von Plattformen und die Rolle von künstlicher Intelligenz. „Es wird künftig keine Wettbewerbsfähigkeit ohne den Einsatz von KI im großen Stil geben. Deswegen ist es wichtig, dass wir diese Schlüsseltechnologie in eigenen Werken haben", so der Minister. Er lobte die Kooperation zwischen Deutschland und den USA beim Verhaltenskodex der G7-Staaten zu KI, in dem die Selbstverpflichtung der Unternehmen geregelt sei. „Gerade in einem sich schnell entwickelnden Markt brauchen wir anpassungsfähige Regeln", sagte Wissing. „Dinge, die wir rund um KI heute noch nicht wissen, sind uns nächstes Jahr vielleicht schon klarer."

Wissing informierte, dass sich im vergangenen Dezember Unterhändler von Europaparlament und EU-Staaten in Brüssel nach langen Verhandlungen auf den „AI Act", das erste umfassende KI-Gesetz der Welt geeinigt hätten. Er präferiere eine verpflichtende und verbindliche Selbstregulierung. „Ich möchte", so Wissing, „dass KI-Lösungen in Deutschland und Europa weiter entwickelt werden und künftig nicht nur importiert werden müssen." Regulierungen dürften nicht innovationsfeindlich sein. Er halte es nicht für sachgerecht, wenn Basismodelle als technologieunabhängig von ihrer konkreten Anwendung reguliert würden. Basismodelle wie GPT4 von OpenAI werden mithilfe riesiger Datenmengen trainiert und sind danach in der Lage, Texte zu erzeugen, Fragen zu vielen Themen zu beantworten, Codes zu schreiben und sogar mehrschrittige Logik- und einfache Rechenaufgaben zu lösen.

Volker Wissing: „KI muss auch ‚made in Germany' sein." Deshalb sei es wichtig, dass der Gamechanger KI bei uns entwickelt wird. Wir brauchen diese Schlüsseltechnologie in eigenen Händen. Wenn wir überregulieren, wandere sie ab. „Deswegen arbeiten wir auf internationaler Ebene an einem einheitlichen Regulierungsumfeld. Wir dürfen nicht übersteuern in Europa, damit die Technologie nicht einen Bogen um uns macht. Und wir sie am Ende nur importieren", sagte Wissing.

Auf eine mögliche Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten diesen November angesprochen, erklärte Wissing, dass wir das Votum der amerikanischen Bevölkerung respektieren. Gleichwohl könnte eine mögliche erneute Wahl Trumps die bereits vorhandene massive Destabilisierung in der Welt noch verschärfen. Deshalb müssten wir rechtzeitig auf eine solche Möglichkeit vorbereitet sein und unsere Politik auf ein solches Szenario bereits jetzt ausrichten, sagte der Minister. Der Krieg in der Ukraine und der Konflikt in Israel seien große Herausforderungen, deren Folgen uns bereits heute massiv und nachhaltig beeinflussten.

Den Glauben an den Wert, den müssen wir uns erhalten, wenn wir nicht an Wert verlieren wollen.

Emanuel von Bodmann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

Wäscheservice mit Herz „Heinzelmännchen"

www.heinzelmaennchen-gmbh.de

KAGEMA® Industrieausrüstungen GmbH

www.ksb.com/kagema

ziehmimaging

www.ziehm.com

DRF Luftrettung

www.drf-luftrettung.de

Dr. Hall
Ihr Gesundheits-Spezialist aus dem Schwarzwald
www.drhall.de

www.drhall.de

FIEGE

www.fiege.de

NOVENTI

www.noventi.de

ifp® Institut für Produktqualität
PRÜFEN MIT VERANTWORTUNG.

www.produktqualitaet.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Rotes Rathaus und Reichstagsgebäude

Der ehemalige Regierende Bürgermeister und Bundesratspräsident Michael Müller ist jetzt im Deutschen Bundestag angekommen

Michael Müller

Von Uly Köhler und Mario Faßbender

Michael Müller blieb als waschechter Berliner seiner Heimatstadt immer treu. Schule – Ausbildung – politische Karriere. Von der Bezirks- in die Landespolitik. Mandate im Abgeordnetenhaus und dann Senator. Höhepunkt: Regierender Bürgermeister von Berlin. 20 Jahre regierte seine SPD in Berlin. Er vertritt seit Dezember 2021 seinen Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf im Deutschen Bundestag. Mario Fassbender und Uly Köhler trafen einen fröhlichen und entspannten Michael Müller in seinem Büro Unter den Linden.

Als begeisterten und überzeugten Sozialdemokraten konnten die Berlinerinnen und Berliner Sie in Ihrer Amtszeit als Regierender Bürgermeister erleben. Ist die Begeisterung für Ihre Berliner SPD in diesen Tagen unvermindert?

Manchmal ist es auch schön, ein bisschen Distanz zu haben mit einer neuen Aufgabe. Aber natürlich hänge ich an meiner Partei und ich finde es nicht schön, dass die Umfragen im Moment so schlecht sind. Man fiebert nach wie vor mit und hofft, dass es mit einem neuen Team wieder bergauf geht.

Die Bundes-SPD löst vermutlich im Moment keine große Begeisterung für ihr Wirken aus. Der SPD-Chef Lars Klingbeil muss sich in den Medien fragen lassen, ob es die SPD noch braucht.

Die Diskussion gibt es nun seit Jahrzehnten, ob die SPD nicht überflüssig geworden ist durch den Ausbau des Sozialstaates und alles, was es an sozialen Sicherungen gibt. Das ist ein Kernelement sozialdemokratischer Politik, aber wir sehen ja immer wieder, dass die SPD eben doch gebraucht wird und ja auch unterstützt wird. Wir haben eine Vielzahl von Ministerpräsidenten und Wahlerfolgen.

Auch auf kommunaler Ebene werden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gewählt und vor zwei Jahren der Bundeskanzler. Die Themen der Zeit sind eine sich verändernde Arbeitswelt, soziale Gerechtigkeit, Umverteilung, Krieg und Frieden. Wir als SPD sind nicht unmodern und nicht überholt. Es braucht immer auch sozialdemokratische Antworten zu den Themen.

Erinnern Sie sich noch an den Moment, als Sie vereidigt wurden und nun auf einer Stufe mit Willy Brandt standen?

Willy Brandt war AUCH Regierender Bürgermeister. Das muss man richtig einordnen. Wir hatten bedeutende Regierende Bürgermeister, natürlich Willy Brandt, aber ich will auch immer an Ernst Reuter und Richard von Weizsäcker erinnern. Das sind schon besonders herausragende Persönlichkeiten, die bundespolitisch eine Rolle gespielt haben. Aber natürlich vergisst man den Moment der Amtsübernahme und des Amtseides nie. Es ist auch ein Glücksfall, in der eigenen Heimatstadt an so entscheidender Stelle Politik machen zu können. Das war eine ganz besondere Zeit und natürlich auch für mich persönlich eine bereichernde.

Sozialdemokraten erlebten immer große Momente in der Stadt Berlin. Willy Brandt den Bau der Mauer, Walter Momper den Fall. Welcher Moment bleibt Ihnen ganz besonders in Erinnerung?

Es gab viele schöne Begegnungen und Dinge, die geglückt sind, beispielsweise in der Wissenschafts- oder Wirtschaftspolitik. Aber das, was man nie vergessen wird, sind leider auch bedrückende Momente. Der Anschlag auf den Breitscheidplatz – ich war wenige Minuten nach dem Anschlag auf dem Platz – das vergisst man nicht. Man vergisst auch die Corona-Jahre nicht und den Zustrom der Geflüchteten aus Syrien 2015/2016. Innerhalb weniger Wochen waren auf einmal 100.000 geflüchtete Menschen in unserer Stadt. Das sind Momente, die man nicht vergessen kann.

Sie sollen mal gesagt haben: Jetzt als Abgeordneter des Deutschen Bundestages sehe ich meine Stadt, mein Berlin mit anderen Augen bzw. aus einem anderen Blickwinkel. Stimmt das?

Ich bin Berliner seit 59 Jahren. Mir muss keiner die Stadt erklären und auch als Regierender Bürgermeister habe ich Berlin privat erlebt, bei Fahrradtouren mit der Familie oder bei Ausflügen. Allerdings wird man als Regierender Bürgermeister zu vielen Terminen sehr eng begleitet und vorbereitet und man sieht dann immer einen besonderen, oft einen besonders schönen Ausschnitt der Stadt. Wenn man dann ohne dieses Korsett des Regierenden Bürgermeisters unterwegs ist, erlebt man mehr. Ein anderes Berlin mit anderen Ausschnitten, den Alltag der Berlinerinnen und Berliner, und das nehme ich jetzt intensiver wahr.

Ein weiteres Zitat lautet: „Ich muss jetzt nicht mehr mit diesen permanent dunklen Fenstern im Dienstwagen rumfahren, sondern wenn ich auf dem Fahrrad meinen Blick schweifen lasse, sehe ich auch mal Schmuddelecken in dieser Stadt."

Verborgen geblieben sind mir diese Ecken nicht. Wie gesagt, ich kenne Berlin ganz gut. Aber natürlich nehme ich jetzt Dinge bewusster wahr. Auch jenseits der Situation hier in Mitte, die ja eine ganz besondere ist. Man bewegt sich in der Stadt ganz anders mit dem ÖPNV, mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Ich sehe viele Dinge auf einmal anders, dieses bunte Berlin, das Stimmengewirr der unterschiedlichen Sprachen am Brandenburger Tor – und das jeden Tag. Insofern ist es tatsächlich ein Stück Freiheit, das ich jetzt zurückgewinne.

Es gibt keine globale Krise, kein globales Thema, das man ohne China lösen kann

Das klingt nach gewonnener Freiheit, nach dem Kurs des Regierenden Bürgermeisters, jetzt als sogenannter einfacher Abgeordneter, aber vollkommen fröhlich und frei …

Auch als Abgeordneter hat man gut zu tun. Aber völlig anders ist, dass es nicht mehr denselben medialen und öffentlichen Druck gibt, sofort Antwort geben zu müssen. Ich kann mir wieder mehr Zeit nehmen, vor Terminen Dinge ausführlicher zu lesen und mir Zeit lassen für Statements. Das war als Regierender Bürgermeister ganz anders, man musste auf ein Problem innerhalb von wenigen Minuten mit einer Stellungnahme reagieren. Insofern haben Sie recht. Ich genieße, dass es diesen Druck so nicht mehr gibt.

Wunderbare Überleitung – aktueller Druck, nämlich in Ihrer Funktion als Bundestagsabgeordneter. Und da geht ja der Blick auch vor allen Dingen Richtung Asien. War das eigentlich schon als Privatmensch Ihr Wunsch?

Es gab eine Verbindung, denn Berlin hat ja 17 Städtepartnerschaften in der ganzen Welt, und dazu gehören auch Peking und Tokio. Schon als Senator, aber auch als Regierender Bürgermeister konnte ich Peking und Tokio erleben. Ich fand die Kultur sehr spannend, die Mentalität, die auch noch mal unterschiedlich ist zwischen China und Japan. Auf einmal ist da eine Verbindung gewesen, der Funke übergesprungen. Deshalb habe ich mich bewusst als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses auf die Funktion des Berichterstatters für diese Region beworben.

Wer nach vorne blickt, weiß nie, was wirklich Sinn ergibt.
Nur im Rückblick erscheint etwas logisch.

Steve Jobs

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

ETIHAD AIRWAYS
www.etihad.com/de-de

Meiser Hotels · Resort · Events ★★★★ Superior
www.vitalhotel-meiser.de

PKF WMS Werte Menschen Strategien
www.pkf-wms.de

WOLFFKRAN
www.wolffkran.de

AZURIT Gruppe
www.azurit-gruppe.de

KBW TECHNOLOGIE AG
www.kbwag.de

alpin spa Panorama HOTEL OBERJOCH
www.panoramahotel-oberjoch.de

Sparkasse Vogtland
www.sparkasse-vogtland.de

stryker
www.stryker.de

TER GROUP
TER Chemicals DISTRIBUTION GROUP
www.terchemicals.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Wie muss man sich das in den Fraktionen vorstellen?

Man muss eine Art Wunschzettel ausfüllen. Der erste Wunschzettel beinhaltet den Ausschuss, in dem man mitarbeiten möchte. Ist es geschafft, in den Auswärtigen Ausschuss zu kommen, dann bekommt man einen zweiten Wunschzettel, wo man die Wunschregionen einträgt. Da habe ich als ersten Wunsch Ostasien angegeben und als zweiten den Nahen und Mittleren Osten. Ich habe dann beides bekommen.

Ihre tägliche Arbeit im Auswärtigen Ausschuss ist das Fachgebiet Internationale Politik und China. Krieg in der Ukraine, Bürgerkriegszustände in Teilen Afrikas, NATO-Erweiterung, ein Rechtsruck in Europa und immer mehr autoritärer Führungsstil in einigen Ländern Europas, und die USA stehen vor einer Schicksalswahl – mit Auswirkungen auf Europa.
China strebt mehr Einfluss in der Welt an und sieht sich schon als Weltmacht. Eine geradezu unglaubliche geopolitische Lage, insbesondere die Rolle Chinas?

Alles, was sie beschreiben, ist zutreffend. Wir erleben nicht nur eine, sondern mehrere Zeitenwenden, die es auch seit Längerem schon gibt. Als besonders dramatischen Einschnitt müssen wir wahrnehmen, dass über Jahrzehnte gewachsene Bindungen und Allianzen in Frage gestellt werden. Das betrifft nicht nur das Thema NATO, sondern auch neu entstehende Allianzen wie die BRICS-Staaten.
Über viele Jahre haben sich Staaten ganz selbstverständlich am Westen orientiert, vor allem an den USA oder an den großen europäischen Nationen. Das verändert sich völlig. Viele Länder in der Welt orientieren sich ausschließlich daran, welche Partnerschaft ihren Interessen am besten dient. Und darauf gründen sich Bündnisse und Allianzen. Das verändert die Weltlage dramatisch und macht sie volatiler.

Wie ist Ihr Blick auf die teilweise aggressive Rhetorik in der chinesischen Außenpolitik zum Beispiel gegenüber Taiwan, den USA und anderen Staaten, und die Nähe zu Russland?

Die wachsende militärische und wirtschaftliche Macht Chinas führt dazu, dass es – vorsichtig formuliert – selbstbewusster Machtansprüche anmeldet. Wir müssen uns darauf einstellen, dass China weit über Asien hinaus Einfluss gewinnt, in Afrika, im Nahen Osten bis hin nach Südamerika. Diesen Einfluss will es für die eigene Entwicklung nutzen und sich auch von den USA nicht mehr beeindrucken lassen. Beide Länder kämpfen – unabhängig davon, wer im Weißen Haus sitzt oder im Volkskongress in Peking – um die Vormachtstellung im Pazifik. Beide definieren sich als pazifische Mächte mit globalem Einfluss, und daraus kann eine Konfrontation entstehen, die uns große Sorge macht.

China wird immer mächtiger und agiert globaler. Haben die Europäer diesen Zug verschlafen? Gedanken an die Bodenschätze in Asien, Afrika und Südamerika, den Hafenneubau in Peru oder Neue Seidenstraße lassen es fast vermuten.

So würde ich es nicht formulieren. Wir wollen in der Welt eben nicht agieren wie autokratische Herrscher. Das ist eine bewusste Entscheidung, und daraus folgt, dass wir mit Partnern in der Welt auch anders umgehen. Wir versuchen, in Partnerschaften Situationen vor Ort, aber auch für uns zu verbessern. Trotzdem müssen Europa und Deutschland eine andere außenpolitische Rolle definieren.

Das Verhältnis zu China sehen viele Deutsche als zumindest schwierig an. Unternehmer beklagen dort Reglementierungen und teilweise auch Willkür, während bei uns fast alles erlaubt scheint. Hat die deutsche Wirtschafts- und Außenpolitik einen Anteil daran?

China hat sich verändert, das kann ich schon aus eigenem Erleben der letzten Jahre sagen. Darauf müssen wir reagieren. Wir haben über viele Jahre mit der Kanzlerschaft Merkel eine große Nähe zu China gesucht, auch um wirtschaftspolitische Interessen Deutschlands verfolgen zu können, das sage ich ohne Vorwurf. In diesem Zusammenhang hat man vielleicht manche Entwicklungen nicht sehen wollen oder erst zu spät wahrgenommen. Das holt uns heute ein.
China versucht, sich unabhängiger zu machen, und wir müssen auch sehen, dass wir unabhängiger werden vom chinesischen Einfluss und von chinesischen Rohstoffen. Dieser Prozess findet jetzt gerade statt und am Beispiel Russland haben wir gesehen, dass es uns schnell und gut gelungen ist, von russischer Energie unabhängig zu werden. Insofern, glaube ich, wird es uns auch gelingen, unabhängiger von China zu werden, allerdings ohne die Verbindung zu China komplett abreißen zu lassen.

Sind unter diesen Bedingungen überhaupt noch normale wirtschaftliche Beziehungen möglich?

Ja, ich hoffe das sehr. Eine normale Beziehung muss nicht gleichbedeutend mit einer unkritischen Beziehung sein. Wir müssen genau überlegen, wo können wir Abhängigkeiten verhindern, wo suchen wir in den sicherheitsrelevanten Bereichen eben keine Kooperation mehr. Aber das kann nicht bedeuten, dass wir mit China nicht im Gespräch bleiben. Es gibt keine globale Krise, kein globales Thema, das man ohne China lösen kann. China ist eine Weltmacht. Wir müssen in Bereichen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Kultur mit China im Kontakt bleiben, aber deutlich kritischer als bisher.

Wo sehen Sie denn das Potenzial der Zusammenarbeit Europas, Deutschlands und Chinas für die Zukunft?

Wie will man die Klimakrise bewältigen ohne China? Wie will man mit den Themen der Nahrungsmittelknappheit in Afrika und dem Nahen Osten umgehen, ohne China? Wie will man über die großen Migrationsströme, die noch auf uns zukommen werden – auch in Asien – reden, ohne China?
Wir brauchen Begegnungen und Austausch, wo wir eine gemeinsame wissenschaftliche und politische Basis brauchen. Daran ist auch China interessiert. China konfrontiert uns mit Interessen und Anforderungen. Das müssen wir aushalten, aber ebenso unsere Interessen und Anforderungen klar definieren. Das muss China aushalten. Die China-Strategie bildet dafür einen Rahmen.

Wenn Sie als Abgeordneter zum Thema China in den Kontakt treten, gibt es da noch einen europäischen Austausch untereinander? Beispielsweise mit Ländern, die historisch gewachsen ein funktionierendes Verhältnis oder Freundschaften zu China haben?

Europäische Länder haben mitunter unterschiedliche Interessen. Frankreich verfolgt beispielsweise eine andere Wirtschaftspolitik als Deutschland. Das muss man einordnen. Wir haben durch den europäischen Rahmen aber immer Bewegungsmöglichkeiten und Austausch. Unter anderem darüber, wie weit wir gehen bei bestimmten Kooperationen, ob wir Dinge gemeinsam machen können, auch in der Zusammenarbeit mit China.

Wir müssen einfach sehen, dass wir uns in einer globalisierten Welt nicht abschotten können

Ertappen Sie sich manchmal bei dem Gedanken, dass das, was da geplant ist bzw. was so manchmal kolportiert wird, uns geradezu „überrollen" wird? Ob Megaflotten zum Export von Elektroautos oder die Produktionsflut von Solarpaneelen.

Das gab es schon ein paar Mal. Ich kann mich noch an einen Spiegeltitel erinnern, der muss über 30 Jahre her sein, da war die japanische Flagge drauf und wir wurden vor dem, was da aus Asien kommt, gewarnt, dass wir nicht mehr konkurrenzfähig sind. Heute wissen wir, dass es anders kam. Ich bin vorsichtig mit Untergangs- und Horrorszenarien. Wir müssen einfach sehen, dass wir uns in einer globalisierten Welt nicht abschotten können. Es wäre fatal für unsere Wirtschaft.

Unsere Technologie ist so gut, unsere wissenschaftliche Basis ist so gut, dass wir mehr daraus machen können und müssen. Wir waren uns manchmal vielleicht in den zurückliegenden Jahren selbst genug und dachten, es geht doch gut und wir sind ein wohlhabendes Land. Diese Zeiten sind vorbei. Man muss sich aktiv auseinandersetzen mit dem Konkurrenzdruck, den es aus Asien gibt.

Gibt es aktuell Themen, die Sie beschäftigen und vielleicht auch frustrieren, weil sie in Ihren Augen nicht richtig wahrgenommen oder zu umständlich umgesetzt werden?

Was mich als Außenpolitiker sehr beschäftigt, ist der Mangel an Initiativen zur Rüstungskontrolle. Die Zeitenwende und besonders der russische Angriff auf die Ukraine machen höhere Investitionen in unsere Verteidigung notwendig. Ich bin aber überzeugt, dass wir parallel zu unserer Pflicht, verbündeten und bedrängten Staaten beizustehen, auch die Verantwortung haben, über Wege zum Frieden und zur Abrüstung nachzudenken. Dass dies kein Widerspruch sein muss, haben uns Brandt, Bahr und Schmidt vorgemacht, indem sie einen Anstieg der Verteidigungsausgaben mit der Entspannungspolitik und Abkommen zur Rüstungskontrolle kombiniert haben.

Zur Person:

Rainer Michael Müller
Geboren 1964 in West-Berlin, ist ein deutscher Politiker (SPD). Er war von 2011 bis 2014 Senator für Stadtentwicklung und Umwelt und von 2014 bis 2021 Regierender Bürgermeister von Berlin. In den Jahren 2016 bis 2020 war er außerdem Vorsitzender der SPD Berlin. Er ist seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt dort den Berliner Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf.

Wohlstand, aufgebaut auf der Zerstörung der Umwelt, ist kein wirklicher Wohlstand.

Kofi Anann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

alanod
www.alanod.com/de

EMIS ELECTRICS
www.emis-electrics.de

DYSE
www.topmotive.eu

gesa Hygiene-Gruppe
www.gesa.de

GESSMANN Industrieschaltgeräte
www.gessmann.com

ABEL ReTec PHOTOVOLTAIK & STROMSPEICHER
www.abel-retec.de

DUKAP Financial Advisory
www.dukap.de

MW CONSULTING GmbH & Co. KG beraten · organisieren · analysieren
www.mw-consulting-services.de

Autohaus KUMMICH
www.kummich.de

R.I.EMPP Industrieservice Elektrotechnik GmbH
www.riempp.de

apo-rot®
www.apo-rot.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Fotos: Staatskanzlei/Jennifer Weyland

Probleme gemeinsam mit Nachbarn statt nur national lösen

Gespräch zu Strukturinnovation und Europapolitik

Das Saarland ist mit seiner besonderen Geschichte auch besonders im Jahr der EU-Wahlen interessant. Wie nehmen Sie die Akzeptanz der Europäischen Union in der deutschen Gesellschaft wahr?

Als Bundesland im Herzen Europas kennen wir die Hürden, aber auch die Chancen Europas im grenzüberschreitenden Alltag. Die offenen Grenzen sind wesentlich für Wirtschaft, Tourismus und den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Viele der Vorteile, die mit der EU einhergehen, sind für uns selbstverständlich geworden. Wir leben in Wohlstand innerhalb der EU, können nach Lust und Laune reisen, im Nachbarland arbeiten. Erst die geschlossenen Grenzen in der Coronazeit haben das vielen wieder vor Augen geführt. Das ist der riesige Erfolg der Europäischen Union, den wir nie geringschätzen dürfen. Das heißt aber nicht, dass die EU nicht besser werden muss. Wir müssen unsere freiheitlichen, demokratischen, humanitären Werte entschieden verteidigen. Wir brauchen eine humane Flüchtlingspolitik und Fairness unter den Mitgliedstaaten. Wir brauchen weniger Bürokratie. Und die EU muss besser werden, nicht nur, Ziele zu setzen, etwa für mehr Klimaschutz, sondern auch Wege zu ebnen, wie wir die erreichen. In grenznahen Regionen wie dem Saarland lösen wir Probleme gemeinsam mit unseren Nachbarn statt sie nur national zu betrachten. Daran können sich viele ein Beispiel nehmen.

Seit 2023 sind Sie auch die Beauftragte der Bundesrepublik für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen – was sehen Sie als Ihre Aufgaben und wie gestalten Sie diese wichtige Funktion praktisch aus?

Zentrales Anliegen des Amtes ist weiter die Förderung des Erlernens der Partnersprache. Verständigung kommt von gegenseitigem Verstehen. Dafür sind Sprachkenntnisse der Schlüssel und die Grundlage für vertrauensvolle Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Frankreich haben wir eine Sprachstrategie entwickelt, um die Zahl der Deutsch- bzw. Französischlerner zu erhöhen. Kinder wollen wir beispielsweise in Élysée-Kitas frühzeitig spielerisch an die Sprache der Nachbarn heranführen und die Sprachangebote entlang der Bildungskette erweitern. Austauschprogramme sind dabei ebenfalls entscheidend – für Schülerinnen, Schüler, Auszubildende und Studierende, aber auch für Lehrkräfte.

Es wird viel über das angespannte Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland gesprochen, die Signale der letzten Monate waren auch öffentlich erkennbar. Wie schätzen Sie unsere Beziehungen aktuell ein?

Jede tiefe Freundschaft kennt Meinungsverschiedenheiten. Im Moment stehen Politikfelder im Mittelpunkt der Debatten, bei denen Deutschland und Frankreich auch in der Vergangenheit unterschiedliche Wege gegangen sind. Denken Sie an die Energiepolitik, die Rüstungsindustrie oder bestimmte wirtschaftliche Fragen. Wir dürfen das aber nicht mit einer dauerhaften Eintrübung des Verhältnisses gleichsetzen. Entscheidend ist: Wir sehen uns nach wie vor gemeinsam in der Verantwortung für die Zukunft Europas. Denn wir wissen, dass wir die großen Herausforderungen der Zeit nur gemeinsam lösen werden.
Wenn ich nochmal aufs Saarland kommen darf: Wir bauen zum Beispiel grenzüberschreitend und gemeinsam eine Wasserstoffinfrastruktur auf und sichern so die Industrie der Zukunft mit guten Arbeitsplätzen. So geht Europa, wenn Sie mich fragen.

Als Ministerpräsidentin des Landes, das mehrfach wechselnde Zugehörigkeiten zu Deutschland und Frankreich erlebte: Beschreiben Sie die Dimension des Miteinanders aus Ihrer persönlich-politischen Sicht und ergänzend im Kontext der EU-Lage.

Im Saarland gibt es Häuser, die standen mal dies-, mal jenseits der Grenze, waren mal Deutschland, mal Frankreich. Das prägt natürlich. Unser Blick nach Frankreich und auch nach Luxemburg ist immer ein freundschaftlicher und verbundener. Mit der Frankreichstrategie haben wir im Saarland zudem ein Alleinstellungsmerkmal. Hinzukommen wird ein Luxemburg-Plan. Das Saarland will das europäische Denken in der Region und der Verwaltung festigen und zuallererst europäisch wahrgenommen werden.

Das Saarland hat eine starke Transformation der Wirtschaft bereits vollzogen und ist weiter durch Klima- und Technologieveränderung betroffen. Wie sind Ihre strategischen Antworten?

Wir müssen bestehende Arbeitsplätze, wo immer es geht, erhalten und zugleich neue schaffen. Es ist offenkundig, dass die klassische Industrie unter Druck steht.
Bei der Stahlindustrie stoßen wir – auch mit viel Steuergeld – eine riesige Transformation an. An deren Ende werden wir 13.000 Arbeitsplätze gesichert, aber auch den CO_2-Ausstoß des Saarlandes quasi halbiert haben. Jeder investierte Euro schützt also Klima und Arbeitsplätze zugleich. Ähnliches muss schrittweise auch in der Automobilindustrie gelingen, obwohl es dort ungleich schwieriger ist, weil Sie für die Produktion von E-Autos einfach weniger Leute brauchen. Deshalb ist es wichtig, durch Ansiedlung wie auch Erweiterungen in anderen Bereichen neue Arbeitsplätze zu schaffen.
All das kostet Geld, vor allem die Unternehmen, aber auch den Staat. Wir haben daher im Saarland einen eigenen Transformationsfonds aufgelegt, sonst wären wir gar nicht in der Lage zu investieren und müssten dem Strukturwandel im Guten wie im Schlechten einfach zuschauen.

Als SPD-Politikerin haben Sie auch bundespolitisch Funktion und Rolle: Stellvertretende Bundesvorsitzende und Wirtschaftsforum SPD. Manchen Beitrag konnten Sie auch öffentlich zu bundespolitischen Themen platzieren. Sehen Sie als Ministerpräsidentin Ihre parteipolitische Rolle in der Zukunft auch mit bundespolitischem Gewicht?

Ich bin zuallererst Ministerpräsidentin meines Heimatbundeslandes. Dafür ist meine parteipolitische Rolle aber sicherlich kein Nachteil. Ich brauche dem Bundeskanzler keine Briefe zu schreiben, ich rufe ihn an oder spreche mit ihm, wenn wir uns montags sehen.

Die SPD ist die Partei der Arbeit und damit der guten Arbeitsplätze.
Sie braucht einen starken Mittelstand und eine robuste und zukunftsfähige Industrie und Gesamtwirtschaft

Ich sehe aber schon, dass die Wirtschafts- und Industriepolitik in meiner Partei deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Wenn ich dazu einen Beitrag leisten kann, dann will ich das weiterhin gern tun. Denn das halte ich für sehr, sehr wichtig – auch für künftige Wahlerfolge.

Ist die SPD für die Gesellschaft aus Ihrer Sicht eher ein Angebot der Sozialpolitik oder eine Heimat für Mittelstand und Industrie – mit sozialer Ausrichtung?

Das eine geht nicht ohne das andere. Die SPD ist die Partei der Arbeit und damit der guten Arbeitsplätze. Die gibt es nicht ohne einen starken Mittelstand und eine robuste und zukunftsfähige Industrie und Gesamtwirtschaft. Sozialpolitik ist das Chancengeben für diejenigen, die sonst weniger hätten oder kurzzeitig Hilfe brauchen. Es ist auch der Kitt für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Beides gehört zusammen.

Foto: Land NRW/Ralph Sondermann

Die Landesregierung soll als Team NRW erscheinen

Bundespolitik, Europa, Internationales und Medien im größten Bundesland

Christoph Brüssel im Gespräch mit Nathanael Liminski

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales, zudem Medien, das ist ein gewichtiger Politikbereich. Dazu noch Chef der Staatskanzlei – wie ist die politische Struktur dieser breiten Spanne zu beschreiben?

Es ist eine besondere Aufgabe, die ich mit großer Freude wahrnehme. Und das hat auch mit dieser breiten Themenpalette zu tun. Zudem gibt es große Schnittmengen und Synergien zwischen den Bereichen – und zu meinen bisherigen Tätigkeiten. Ich bin Deutsch-Franzose, Sohn eines Journalisten und habe nach Stationen in den USA und Brüssel in verschiedenen Bundesministerien gearbeitet. Ich habe gewissermaßen zu jedem meiner gesonderten Aufgabenbereiche einen biografischen Zugang. Als Chef der Staatskanzlei gestalte ich zusätzlich die Regierungsarbeit auf der ganzen Bandbreite in unserem schönen Bundesland mit.

Ist die Funktion Chef der Staatskanzlei eine eher stark inhaltlich prägende Aufgabe oder bedeutet es, das Management der Regierung zu organisieren?

Wenn man nicht gerade mit absoluter Mehrheit regiert, muss der „CdS“ immer auch eine wandelnde Kompromissmaschine sein. Mein oberstes Ziel ist, dass alle Teile der Landesregierung gemeinsam an einem Strang ziehen, wir als Team NRW nicht nur erscheinen, sondern auch tatsächlich arbeiten. In einer Zeit großer Herausforderungen müssen sich die Menschen darauf verlassen können, dass Politik die wirklichen Probleme der Menschen ernst nimmt und zusammen an guten Lösungen arbeitet.

Die 2023 ins Leben gerufene Regionalpartnerschaft mit der ukrainischen Oblast Dnipropetrowsk wird über den Krieg hinaus Bestand haben

Nordrhein-Westfalen ist ein bedeutend großes Bundesland, allein betrachtet würde es einen Platz bei den weltweiten G20 haben, wird die Politik im Internationalen auch in diesem Bewusstsein zu einem Stück Außenpolitik?

Nordrhein-Westfalen ist selbstbewusst, aber nicht selbstherrlich. Wir verfolgen keine zweite deutsche Außenpolitik neben der dafür zuständigen Bundesregierung.
Unsere Lage im Herzen Europas und 18 Millionen Einwohner, von denen viele eine Einwanderungsgeschichte haben oder enge berufliche Kontakte ins Ausland pflegen, schaffen aber besondere Möglichkeiten und damit auch eine Verantwortung, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Das jüngste Beispiel ist unsere 2023 ins Leben gerufene Regionalpartnerschaft mit der ukrainischen Oblast Dnipropetrowsk. Damit fokussieren wir unsere kontinuierliche Ukraine-Hilfe – vielfach getragen von dem herausragenden Engagement der Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen – auf eine vom Kriegsgeschehen besonders betroffene Region und machen sie damit durchhaltefähig. Darüber hinaus geben wir der Partnerschaft einen Rahmen, der über den Krieg hinaus Bestand haben wird.

Sind die europäischen und internationalen Politikthemen für NRW innerhalb der schwarz-grünen Koalition überwiegend deckungsgleich oder gibt es Bereiche, die erhöhte Differenzen zeigen?

Schwarz und Grün teilen das Bewusstsein, dass wir in Nordrhein-Westfalen unsere Rolle in der Welt ernst nehmen wollen. Und ich würde sogar weitergehen, dass dies allgemeiner Konsens im demokratischen Farbspektrum unseres Landes ist. Nehmen wir nur einmal das Beispiel Israel. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat hier den Grundstein der engen Zusammenarbeit gelegt und jeder seiner Nachfolger hat sich daran orientiert. Heute haben wir ein eigenes Landesbüro in Tel Aviv. Der damalige Ministerpräsident Armin Laschet hat es 2020 eröffnet. Unter Ministerpräsident Hendrik Wüst haben wir als Landesregierung unlängst in einer Bundesratsinitiative gefordert, im Staatsbürgerschaftsrecht zu verankern, dass man nur mit einem expliziten Bekenntnis zum Existenzrecht Israels deutscher Staatsbürger werden kann. Wer das Existenzrecht leugnet, dem muss klar sein, dass er sich strafbar macht.

Seit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist NRW Teil der Benelux-Gemeinschaft, das wissen nur wenige, was ist genau die Konstellation – welche Motivation und welche praktische Umsetzung folgen daraus?

Wer schon einmal im Dreiländereck unterwegs war, weiß, dass Grenzen hier keine Rolle mehr spielen. Während der Corona-Pandemie haben wir gar nicht erst versucht, mit Schlagbäumen Viren aufzuhalten, sondern den offenen Personen- und Warenverkehr aus voller Überzeugung weiter ermöglicht – und den Virus grenzüberschreitend gemeinsam bekämpft. Das war ein wichtiges Zeichen für die Bedeutung der europäischen Einheit und den Wert der Freizügigkeit. Wenn der Alltag der Menschen – im Beruflichen wie im Privaten – grenzübergreifend ist, müssen wir dem politisch Rechnung tragen. Neben vielen bilateralen Formaten arbeitet unser Land deshalb seit 2008 auch mit der Benelux-Union zusammen. Unsere Kooperation fokussiert sich auf ganz konkrete Themen wie Arbeitsmarkt, Transportwesen, Verkehr und Sicherheit. Da kann man gemeinsam und grenzübergreifend immer mehr erreichen als allein.

Fotos: Land NRW/Florian Hemann

Als für den Bund zuständiger Minister ist wohl auch viel Geschick im Verhältnis mit den Entscheidungen im Bundesrat erforderlich – angesichts der Bundeskonstellation, zwischen Regierungspartei Grün und Oppositionspartei CDU. Wie läuft die Solidarität auf der Bundesebene zwischen den Koalitionspartnern NRW, immer Kompromiss oder flott Enthaltung?

CDU und Grüne haben sich 2022 ein ambitioniertes Programm für Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Uns eint das Ziel, dass wir unser Bundesland gut regieren wollen. Und ich erlebe neben großem Vertrauen und einem stark ausgeprägten Mannschaftsgeist vor allem eine große Ernsthaftigkeit in der Wahrnehmung unserer Verantwortung. Natürlich spielen Fragen aus Berlin auch jenseits der Tagesordnung des Bundesrates immer wieder hinein. Aber wir schaffen es, das in Düsseldorf jeweils zum Besten des Landes aufzulösen und in der Länderkammer nicht ständig auf „Enthaltung" zu schalten. Wir wissen, dass gemeinsames Handeln das Beste für unser Land ist. Und das steht an erster Stelle.

Am 9. Juni sind die Deutschen aufgerufen, ein neues Europaparlament zu wählen. Droht die Wahl dieses Mal angesichts der großen Unzufriedenheit im Land noch viel mehr als sonst, zu einer Denkzettel- und Protestwahl zu werden?

Es geht am 9. Juni um nicht weniger als darum, ob ein demokratisches Europa in einer Welt im Umbruch weiterhin etwas zu sagen hat – oder nicht. In den nächsten fünf Jahren muss es um die Schlüsselthemen Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gehen. Die nächste Kommission wird sich um Brot- und Butterthemen kümmern müssen. Die Frage wird sein, ob wir dafür im Europäischen Parlament die nötige Mehrheit erhalten. Niemand sollte verkennen, dass es angesichts des andauernden Migrationsdrucks ein Thema gibt, das die ansonsten untereinander eher verfeindeten radikalen Parteien in Europa als kleinster gemeinsamer Nenner eint. Sie setzen darauf, dass die Menschen bei den Europawahlen den Parteien der Mitte einen Denkzettel verpassen.

Ich setze auf einen offenen und vertrauensvollen Dialog über die Grenzen der Konfessionen und Kulturen hinaus

Und das kann tatsächlich passieren, wenn wir nicht endlich mit Mut und Entschlossenheit die großen Probleme, allen voran das Thema Migration, aus der politischen Mitte heraus lösen. Erst aus der Handlungsunfähigkeit der Demokraten erwächst die Kraft der Populisten.

Aktuell läuft ein großes NRW-USA-Jahr unter dem Titel „A Perfect Match". Was kann man sich darunter vorstellen? Sie selbst waren im Herbst vor Ort in den Staaten.

Niemand weiß, wie sich das transatlantische Verhältnis nach den US-Präsidentschaftswahlen im Herbst entwickeln wird. Deshalb gilt es, schon jetzt die subnationalen Beziehungen von Vereinen, Kommunen, Unternehmen oder Schulen zu stärken. Mit dem NRW-USA-Jahr und vielfältigen Veranstaltungen bauen wir denen eine Bühne, die tagtäglich die transatlantische Partnerschaft mit Leben füllen und neue Initiativen starten. Die unterschiedlichen Akteure, die sich austauschen, miteinander arbeiten, forschen oder Kunst darbieten, sind der Motor unserer besonderen Beziehungen – in guten wie in schlechten Zeiten.

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel haben Sie einen Fokus auf den interreligiösen Dialog gelegt und zum Beispiel mit Juden und Muslimen Synagogen und Moscheen besucht. Was ist das Ziel dahinter?

Der 7. Oktober war ein tiefschwarzer Tag in der Geschichte Israels. Die Folgen dieses durch nichts zu rechtfertigenden Terrorangriffs sind auch auf unseren Straßen spürbar geworden. Für uns als Landesregierung ist klar: Judenhass und Israelfeindlichkeit haben in Nordrhein-Westfalen keinen Platz. Ein Generalverdacht gegen Muslime aber auch nicht. Wenn wir nur über- statt miteinander reden, siegt die Logik der Spalter und Terroristen. Deshalb habe ich wenige Tage nach dem Hamas-Angriff die Islamverbände in die Staatskanzlei eingeladen, wo sie in einer gemeinsamen Erklärung die Gräueltaten der Hamas klar verurteilt haben. Das war in der Form ein Novum. Mit den gemeinsamen Besuchen jüdischer und muslimischer Repräsentanten in einer Synagoge und Moschee haben wir ein Zeichen dafür gesetzt, dass unser Land den Spaltungsversuchen zum Trotz zusammensteht. Ich setze auf einen offenen und vertrauensvollen Dialog über die Grenzen der Konfessionen und Kulturen hinaus und werde dieses Format fortführen.

Euer Glück hat keinen Preis und wird nicht gehandelt.
Es ist keine App, die auf das Handy heruntergeladen wird.

Papst Franziskus

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

www.sana.de

MARKANT Deutschland

www.markant.com

WALTHER-WERKE
FORTSCHRITT SEIT 1897

www. walther-werke.de

Dialogtour 2018 Schmetterling
Schmetterling wird 50 Jahre – und das muss gefeiert werden! → JETZT ANMELDEN!

www.schmetterling.de

ECKD
IT.Menschlich

www.eckd-kigst.de/

VOLKMANN & ROSSBACH GmbH & Co. KG VR

www.volkmann-rossbach.de

ROTOX

www.rotox.com

essity

medical.essity.de/
essity-medical-solutions.html

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Der Handel im Wandel – wie geht es weiter?

Fragen an den Hauptgeschäftsführer des HDE Stefan Genth

Stefan Genth

Von Uly Köhler

Kaufhauskrise, Ladensterben, Lieferantenkrieg im Regal – keine ruhigen Zeiten für den deutschen Handel. Dazu die Schlagzeilen um die insolvente Signa-Gruppe und um die Warenhauskette Galeria Karstadt Kaufhof. Quo vadis, deutscher Handel ? Uly Köhler sprach mit dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Handelsverbands Stefan Genth.

Der HDE steht für den gesamten Handel in der Bundesrepublik Deutschland. Das betrifft den Onlinehandel und auch den traditionellen stationären Handel. Der leidet unter dem Onlinehandel. Ist das für Sie als „oberster Händler" eine Zwickmühle?

Nein, denn das ist kein Widerspruch. Die meisten Händler sind sowohl online als auch stationär aktiv. Und für die Kunden ist das sowieso alles eine Welt. Der Handel als Ganzes ist sehr erfolgreich und eine Branche mit so vielen direkten Kundenkontakten wie keine andere – wir haben 50 Millionen Kundenkontakte pro Tag. Der Kunde unterscheidet nicht, er kauft natürlich gern in den attraktiven Innenstädten mit großartigen Geschäften, ob jetzt im Warenhaus oder im Buchhandel. Ich glaube fest an die Zukunft der Innenstädte und des Warenhauses in Deutschland, aber natürlich kaufen die Kunden genauso gern, vielleicht sonntags oder abends vom Sofa aus, im Internet. Und insofern geht es gar nicht darum, die Einkaufswelten auseinanderzudividieren.
Wir haben eine Einkaufswelt und unser Job, mein Job, ist es natürlich, die gesamte Branche zu vertreten, so auch beispielsweise den Mittelstand auf den Weg in diese digitale Welt mitzunehmen, ihn vorzubereiten. Was mir besonders wichtig ist: Es geht nicht darum, die Vertriebswege online und offline gegeneinander auszuspielen. Was natürlich nicht geht, sind eklatante Wettbewerbsverzerrungen, wenn über Plattformen Produkte aus Drittstaaten, z.B. aus China, hier verkauft werden, die nicht den Standards und Sicherheitsvorschriften entsprechen oder gefälscht sind. Hier muss der Staat entsprechend eingreifen.

Der stationäre Handel ist eng mit dem Erscheinungsbild unserer Städte und Lebensorte verbunden. Der kleine Haushaltswarenladen neben dem Rathaus einer süddeutschen Kleinstadt, die schicke Modeboutique in einer norddeutschen Fußgängerzone. Der Handel prägt das Umfeld – er bewegt die Menschen dorthin. Das könnte bald alles passé sein … so lauten immer mehr Befürchtungen.

Natürlich sind die Themen Innenstadt und Handel ganz eng miteinander verbunden und da muss auch noch mehr passieren, als es heute der Fall ist. Das kann man nur gemeinsam lösen. Der Handel ist darauf angewiesen, gute Umfeldbedingungen zu haben und Investitionen in die Innenstädte vorzunehmen. Die öffentliche Hand muss das natürlich genauso begleiten, denn die Innenstadt ist ein öffentlicher und kein privater Raum, anders als in einem Shoppingcenter. Hier können der Branchenmix, die Öffnungszeiten, das Erscheinungsbild und das Marketing gemeinsam gestaltet werden. Wir haben festgestellt, dass die jungen Leute auch in den Städten das Einkaufserlebnis suchen und finden. Das sieht man ja immer wieder, wenn sich sogenannte neue „Hotspots“ bilden, die dann auch angenommen werden. Neue Ladenkonzepte machen neugierig und locken die Menschen an.

Spätestens seit den nun bekannten Schwierigkeiten der Gruppe um Galeria Karstadt Kaufhof fragen sich viele nach der Zukunft des Konzepts „Warenhaus“. Werden die Häuser bald leer stehen und nach kurzer Umbauzeit präsentieren sich die Gebäude als Heimat vieler kleiner „Fachgeschäfte bzw. Herstellerflächen mit Verkaufslogistik“? So kennt man es ja aus den Luxuskaufhäusern in Hamburg, München und Berlin.

Vorab will ich sagen, dass eigentlich jedes Handelskonzept funktioniert, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die Miete ist hier natürlich die Basis, die Grundlage für alles. Jedes Geschäft, was ich mache, muss in einem vernünftigen Verhältnis zum Umsatz stehen – das ist die Grundvoraussetzung. Deshalb darf man die Immobilienkrise, die es offensichtlich gibt, jetzt nicht komplett zur Handelskrise werden lassen. Das Warenhauskonzept funktioniert ja in Europa weiter und bei vielen beispielsweise mittelständischen Unternehmen auch in Deutschland. Eine vernünftige Konzeptumsetzung, eine starke Kundenorientierung, eine klare Sortimentsplanung: Wenn die Mischung stimmt, wird es funktionieren.

Die Bundesländer entscheiden uneinheitlich über konkrete Ladenöffnung in den Städten und Gemeinden, weil das im Rahmen der Föderalismuskommission einmal so festgelegt wurde

Ein ständiger Streitpunkt ist das Thema Sonntagsöffnung. Warum gelingt es nicht, zum Wohl des Handels diese zu genehmigen? Die Angestellten werden nicht gezwungen, sie machen das vielmehr freiwillig und das Engagement wird finanziell attraktiv belohnt. Im Wesentlichen entscheiden die Bundesländer – welchen Einfluss nehmen Sie hier?

In der Tat entscheiden die Bundesländer über die konkrete Ladenöffnung in den Städten und Gemeinden, weil das im Rahmen der Föderalismuskommission einmal so festgelegt wurde. Es gib keine einheitliche Situation in Deutschland und das ist kaum noch nachvollziehbar. Es spielt auch gar keine Rolle, in welcher Stadt wir unterwegs sind, weil die genehmigten verkaufsoffenen Sonntage teilweise eben auch von den Gewerkschaften sehr häufig und sehr kurzfristig weggeklagt werden. Das ist eine Situation, die so nicht bleiben kann. Das bringt Unsicherheit in die Planungen und kostet am Ende bares Geld. Investitionen in die Bewerbung eines verkaufsoffenen Sonntags werden so zum finanziellen Roulettespiel – denn oft kann der dann dank der Klagen der Gewerkschaft doch nicht stattfinden.

Nach dem Grundgesetz ist eine Ladenöffnung nicht jeden Sonntag möglich. Es gibt aber ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts, das besagt, dass eine gelegentliche Öffnung an zehn oder zwölf Sonntagen verfassungsrechtlich machbar ist. Hier müssen alle an einen Tisch und es muss endlich eine sinnvolle Lösung gefunden werden. Am besten eine einheitliche Lösung für alle Bundesländer. Denn auch unsere Kunden wollen das Einkaufserlebnis und freuen sich über verkaufsoffene Sonntage, die eine echte Chance für unsere Innenstädte sind. Es gibt hierzu ein völlig paradoxes Beispiel: Ein Gericht in Hessen hat jetzt entschieden, dass ein Automaten-Minimarkt, der vollautomatisiert ohne Verkaufspersonal arbeitet, wie eine Verkaufsfläche zu behandeln ist. Diese neuen Verkaufsmodule sind digital geprägt und sichern die Nahversorgung im ländlichen Raum. Das gibt es inzwischen schon in vielen Ländern. Aber hier darf nun am Sonntag nicht geöffnet werden. Die Politik ist daher aufgerufen, insgesamt für Rechtssicherheit und Klarheit zu sorgen.

Zur Person:

Stefan Genth
ist seit 2007 Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland (HDE). Er ist seit 1996 für die Einzelhandelsorganisation tätig. Als Vertreter des deutschen Handels in Europa ist Stefan Genth Vizepräsident des europäischen Dachverbandes EuroCommerce in Brüssel.
Der Handelsverband Deutschland (HDE) ist der Spitzenverband des deutschen Einzelhandels in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins mit Sitz in Berlin. Als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband vertritt er die Interessen des Einzelhandels in Deutschland und der Europäischen Union. Er spricht für 280.000 Einzelhandelsunternehmen mit mehr als drei Millionen Beschäftigten an 400.000 Standorten und jährlich ca. 670 Milliarden Euro Umsatz.

Unser Ziel ist eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. Wir müssen dabei die Nutzung der Umwelt aus einem Rahmenkonzept heraus begrenzen.
Das hat mit Planwirtschaft überhaupt nichts zu tun.

Klaus Töpfer
Ehrensenator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

Sparkasse KölnBonn
www.sparkasse-koelnbonn.de

NÜRNBERG MESSE
www.nuernbergmesse.de

IABG
www.iabg.de

hechinger
www.hechinger.de

DR. NEUBERGER GROUP
Beauty unlimited. Always.
KTN bodi INTERCO
www.ktn-dr-neuberger.de

BAYERISCHER HOF
www.bayerischerhof.de

SCHWINN
A World of Daily Innovation
www.schwinn-group.com/

peter kenkel gmbh
www.peterkenkel.de

FRIGOSPED
INTERNATIONALE SPEDITION GMBH
www.frigosped.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Vorausschauendes Handeln ist gefragt

Nötige Strategien und neue Wege im Einzelhandel

Von Stefan Genth

Mit vorsichtigem Optimismus ist der Einzelhandel in das erste Quartal gestartet und dies trotz der aktuellen Krisen. Vorausschauendes Handeln ist jetzt gefragt. Herausfordernde Jahre haben die Branche geprägt, in denen sich die Handelsunternehmen zunächst mit den Folgen der Pandemie, anschließend mit den Auswirkungen der Kriege in der Ukraine und in Nahost konfrontiert gesehen haben. Dass die Unsicherheit unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern groß ist, spürt der Handel bis heute wie kein anderer Wirtschaftssektor. Die Konsumstimmung ist mehr als angespannt, sodass die Kaufkraftverluste der zurückliegenden beiden Jahre nicht ausgeglichen werden können. Dennoch wird das Jahr 2024 für den Einzelhandel aller Wahrscheinlichkeit nach besser verlaufen als noch das vergangene.

In der aktuellen HDE-Konjunkturumfrage bei den Handelsunternehmen in Deutschland blickt etwa die Hälfte der Befragten zuversichtlich auf die diesjährige Umsatzentwicklung und geht von stabilen oder steigenden Umsätzen aus. Das ist ein wichtiges positives Signal aus der Branche heraus. Die Händlerinnen und Händler schauen nach vorn. Und vor ihnen liegt ein Jahr, in dem der Einzelhandel moderat wachsen wird, so unsere Prognose. Demnach steigen die Umsätze der Handelsunternehmen 2024 im Vorjahresvergleich nominal um 3,5 Prozent, was real einem Plus von einem Prozent entspricht. Nach einem schwierigen Jahr 2023 verbessern sich die Umsätze im laufenden Jahr also voraussichtlich zumindest leicht.

Vom Onlinehandel wird vermutlich auch in diesem Jahr kein großer Wachstumsimpuls ausgehen. Greift man ihn heraus, zeigt sich ein zu erwartendes Umsatzplus von nominal drei Prozent, real bleibt ein Plus von einem Prozent. In Zeiten der Pandemie, der Lockdowns und der geschlossenen Ladentüren hat der Onlinehandel noch einen riesigen Umsatzsprung hingelegt. Dieses Wachstumstempo war langfristig nicht ungebremst zu halten, doch das Umsatzniveau ist und bleibt hier weiterhin hoch.

Vorsichtiger Optimismus prägt somit in diesem Jahr den Einzelhandel. Gleichzeitig bleiben aber viele Risiken für den Konsum, wie etwa die nicht absehbaren wirtschaftlichen und politischen Folgen der Kriege und die Auswirkungen des sich verschärfenden Arbeitskräftemangels. Die anhaltend verhaltene Konsumlaune der Verbraucherinnen und Verbraucher belastet den Einzelhandel besonders. Für den Großteil der Handelsunternehmen ist die Kaufzurückhaltung das zentrale Topthema der Branche, wie aus der HDE-Konjunkturumfrage hervorgeht. Händlerinnen und Händler beschäftigen zudem bürokratische Hürden, der Anstieg der Energiekosten, die Entwicklung der Preise, die Suche nach Fach- und Arbeitskräften und der Attraktivitätsverlust unserer Innenstädte.

Es sind herausfordernde Zeiten, in denen sich der Einzelhandel für die Zukunft aufstellen muss. In die Zukunft des eigenen Unternehmens zu investieren, ist vielen Händlerinnen und Händlern derzeit jedoch gar nicht möglich. Nach den Krisen der vergangenen

Jahre sind die finanziellen Mittel häufig aufgebraucht, sodass notwendige Investitionen und Projekte auf der Strecke bleiben. Investiert wird schwerpunktmäßig in Marketing und Maßnahmen zur Kundenbindung, in Personal, Qualifizierung und Schulungen sowie in die Geschäftsausstattung. Doch auch darüber hinaus ist der Handlungs- und Investitionsbedarf in der Branche groß.

Investitionshilfen zur Zukunftssicherung sind daher von besonderer Bedeutung, um die Vielfalt und die Zukunftsfähigkeit im Einzelhandel zu sichern. Bedarf sehen Handelsunternehmen hier vor allem bei Investitionen in eine bessere städtische Infrastruktur, bei finanziellen Zuschüssen für die Geschäftsausstattung und in den Bereichen Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Werden diese Herausforderungen nicht angegangen, hat das auch spürbare Folgen für den Handelsstandort Innenstadt. Der Einkauf ist für viele Menschen der Hauptgrund für den Besuch im Zentrum.

Doch schon in den vergangenen Jahren mussten viele Händlerinnen und Händler ihr Geschäft krisenbedingt aufgeben. In diesem Jahr werden laut HDE-Prognose weitere 5000 Läden ihre Türen für immer schließen. Bis zum Ende des Jahres wird die Zahl der Geschäfte damit seit 2019 um insgesamt 46.000 gesunken sein. Diese Entwicklung ist dramatisch, sowohl für den Einzelhandel als auch für unsere Städte und Gemeinden. Mit jeder Geschäftsschließung verlieren sie an Attraktivität.

Umso wichtiger ist es, dass die Innenstadtentwicklung durch den Beirat Innenstadt zum Gemeinschaftsprojekt und vor allem zur Chefsache gemacht wurde. Geleitet von der Bundesbauministerin arbeiten wir im Beirat Innenstadt gemeinsam mit weiteren innerstädtischen Akteuren an Zukunftskonzepten für unsere Zentren. Um die Innenstadt von morgen zu gestalten, müssen Handel, Gastronomie, Kultur und Kommunen zusammenstehen. Die Arbeit im Beirat zeigt, dass das funktioniert. Erfolgreiche Innenstadtentwicklung stößt jedoch an ihre Grenzen, wenn Zuständigkeiten ineffizient verteilt sind. Je nach Anliegen ist mal der Bund, mal das Land und mal die Kommune zuständig. Dadurch wird zielgerichtetes Handeln erheblich erschwert. Das kann nicht im Sinne unserer Innenstädte sein.

Was es braucht, ist eine zentrale Anlaufstelle, die die Koordinierung von Förderprogrammen und die Umsetzung konkreter kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen übernimmt. Welche Maßnahmen das sein können, ist schon heute im Best-Practice-Datenpool unter www.unsere-stadtimpulse.de zu sehen. Der HDE hat diese Sammlung im Jahr 2021 zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden initiiert. Zusammengekommen sind inzwischen über 100 zertifizierte Innenstadtprojekte, die bewährte und geprüfte Lösungen für die Herausforderungen in der Innenstadtentwicklung aufzeigen. Es gibt viele tolle Ideen und Ansätze, von denen sich lernen lässt.

Auch auf dem Weg in die Digitalisierung erhalten Handelsunternehmen Unterstützung, durch das Mittelstand-Digital Zentrum Handel

Das gilt auch mit Blick auf die Bereiche Nachhaltigkeit und Klimaschutz, die für die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens immer wichtiger werden. Daher geht der Einzelhandel hier voran und leistet mit der Klimaschutzoffensive des Handels einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele. Insbesondere gerichtet an kleine und mittlere Handelsbetriebe vermittelt das Team der Klimaschutzoffensive in Workshops und Publikationen sowie mit Beispielen aus dem Handel praxisnahes Wissen über Energiesparen und Klimaschutz. Handelsunternehmen erhalten zudem Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Effizienz- und Klimaschutzmaßnahmen.

Und das Themenportfolio wird kontinuierlich ausgebaut. Seit dem vergangenen Jahr widmet sich ein eigenes Projekt des HDE der Klimaanpassung im Einzelhandel. Mit Veranstaltungen und einem Weiterbildungsangebot werden Händlerinnen und Händler über die Folgen extremer Wetterereignisse und unterbrochener Lieferketten sowie über mögliche präventive Maßnahmen und Resilienzstrategien informiert.

Auch auf dem Weg in die Digitalisierung erhalten Handelsunternehmen Unterstützung, durch das Mittelstand-Digital Zentrum Handel, das der HDE im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums als Konsortialführer leitet. Mit Veranstaltungen, Webinaren und einem Digital-Mobil arbeitet das Kompetenzzentrum daran, Händlerinnen und Händlern bundesweit die digitalen Möglichkeiten für das eigene Unternehmen aufzuzeigen.

Ob Innenstadtentwicklung, Nachhaltigkeit oder Digitalisierung – der Einzelhandel geht in vielen Bereichen voran, inspiriert Unternehmen innerhalb wie außerhalb der Branche. Dieses zukunftsgewandte Engagement ist die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewältigung aktueller und erst noch folgender Krisen. Doch darüber hinaus bedarf es der gezielten Stärkung der Wirtschaft und des gesamten Wirtschaftsstandorts Deutschland. Auf politischer Ebene müssen die Rahmenbedingungen für die Wertschätzung unternehmerischen Handelns geschaffen werden. Unternehmerinnen und Unternehmen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl und für den Erfolg der Volkswirtschaft. Immer neue Gesetze und Vorgaben erkennen das nicht an, sondern bremsen jegliche Innovationskraft aus. Noch dazu wird das Unternehmertum dadurch unattraktiv für Nachwuchskräfte, die so wichtig für die Zukunftssicherung sind.

Damit mehr Spielraum für unternehmerisches Handeln entsteht, müssen Händlerinnen und Händler von unnötigen Pflichten und Vorschriften entlastet werden. Eine konsequente Entbürokratisierung ist längst überfällig, bislang aber nur vieldiskutiert. Dabei zeigt schon ein Besuch in der Innenstadt, dass weiteres Zögern, Abwarten und Diskutieren keine Lösung ist. Es ist Zeit zum Handeln. Wir müssen die Herausforderungen in dieser Zeit der Krisen gemeinsam angehen, und zwar mit genau dem vorsichtigen Optimismus, mit dem der Handel in dieses Jahr gestartet ist. Denn nur der Blick nach vorn bringt uns weiter.

Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

Klaus Kinkel

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

KRONOS
www.kronostio2.com

HMM
Best in eHealth
www.hmmdeutschland.de

ROVO CHAIR INTERNATIONAL
www.rovo.de

smb
seilspielgeräte manufaktur berlin
www.smb-seilspielgeraete.de

INDUNI
www.induni.ch

Sontheim
sontheim-industrie-elektronik.de

STERNAUTO
RUSS&JANOT Sternagel
www.sternauto-gruppe.de

ALB FILS KLINIKEN
KOMPETENZ
QUALITÄT
ZUWENDUNG
www.alb-fils-kliniken.de

wittmann
die Zahnradfabrik
www.wittmann-gmbh.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Strategien mit Zukunftsbildern – Szenarien-Update 2024

Ein besseres Bild der Zukunft: Optimismus zählt!

Prof. Dr. Burkhard Schwenker

Von Burkhard Schwenker

Wissenschaftliche Analytik und praktische Erfahrung aus der Wirtschaft waren die Grundlagen einer Basisstudie für unterschiedliche Zukunftsmöglichkeiten. Nun wurden die Erkenntnisse aktualisiert. Über das „Update" sprach Uly Köhler mit dem Autor Prof. Dr. Burkhard Schwenker.

Im Jahr 2023 gab es die erste Fassung der Zukunftsbilder. Könnten Sie diese bitte kurz zum Einstieg zusammenfassen?

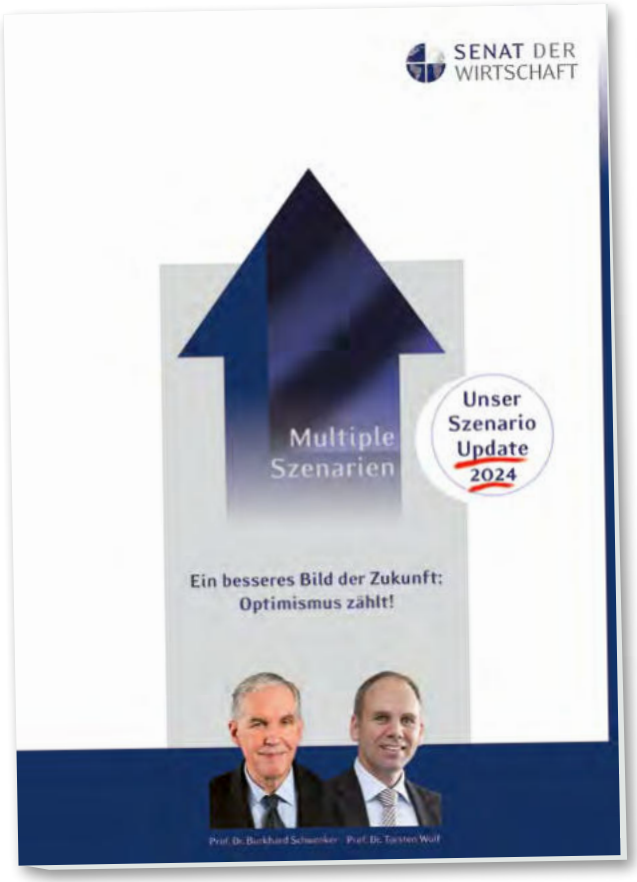
Für unser Szenario 2023 hatten wir uns an zwei Entwicklungen orientiert, die aus unserer Sicht die Ungewissheiten voraus am besten einfangen: Auf der einen Seite das geopolitische Risiko einer möglichen Blockbildung West gegen Ost, natürlich getrieben durch den Ukraine-Krieg und die Positionierung Chinas, auch vis-à-vis den USA; auf der anderen Seite die Frage danach, ob wir politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich veränderungsbereit genug sind, um mit den neuen Herausforderungen umzugehen, oder ob wir doch eher für ein „Weiter so" sind?
Wenn wir diese zwei Entwicklungen – wir nennen sie Dimensionen – kreuzen, ergeben sich vier sehr unterschiedliche Zukunftsbilder. Das schöne Zukunftsbild – in unserem Update heißt es: „Neuer Wohlstand in einer besseren Welt" – beschreibt eine Welt, in der es zu keiner geopolitischen Verwerfung kommt und wir eine hohe Veränderungsbereitschaft mitbringen. Also: Die Welt befriedet sich, der globale Welthandel wird weiter wachsen und, nicht zuletzt, Deutschland kann davon profitieren. Und wir haben damit die Kraft und die Möglichkeiten, uns nachhaltig aufzustellen und den Klimawandel effektiv zu bekämpfen.

Nicht schlecht, aber leider kann es auch anders kommen: Es kommt zu geopolitischen Verwerfungen und uns fehlt die Kraft, uns aktiv damit auseinanderzusetzen. In unserem Update haben wir dieses Zukunftsbild deswegen „Selbst schuld“ genannt: Die Welt verändert sich fundamental, unsere Absatzmärkte brechen weg, wir laufen in eine Abfolge von Wirtschaftskrisen, die den gesellschaftlichen Rechtsruck noch verstärken. Kein schönes Zukunftsbild!
Die zwei anderen Zukunftsbilder liegen dazwischen, aber die Botschaft ist klar: Wir müssen alles tun, um ein „Weiter so“ zu verhindern!

Das war im letzten Jahr. Nun gibt es im Jahr 2024 ein Update. Welche Ereignisse gab es denn, die ein Update erforderlich machen?

Uns haben drei Entwicklungen geleitet. Erstens: Die geopolitische Lage ist nicht einfacher geworden, denn der Ukraine-Krieg dauert an und der Nahostkonflikt mit dem Terror der Hamas ist hinzugekommen – und in beiden Fällen gibt es nicht einmal eine Friedensidee. Zweitens sind die wirtschaftlichen Ungewissheiten gestiegen: Gibt es eine zweite Inflationswelle? Wird China sein Wachtumsproblem schnell überwinden? Und drittens nimmt das Risiko einer gesellschaftlichen Spaltung zu: Wird es ein „Trump-Amerika“ geben? Mit all den Konsequenzen für die Nato und den transatlantischen Handel. Wie werden die EU-Wahlen ausgehen? Denn schon jetzt gewinnen die EU-Gegner an Bedeutung. Und was passiert mit der AfD bei den anstehenden Wahlen in Deutschland?
Hinzu kommt ein Weiteres: Die Bandbreiten der üblichen Prognosen zu Wachstumsraten oder Zinsen haben so stark zugenommen, dass sie keine Orientierung mehr bieten. Nur ein Beispiel: Anfang des Jahres lagen die Wachstumsprognosen für Deutschland zwischen minus 0,5 Prozent und plus 1,5 Prozent. Damit kann man nichts anfangen! Für uns ist das eine Bestätigung, dass wir in Szenarien denken müssen, weil uns Zahlen nicht mehr leiten können.

Sollte Europa „rechter“ werden, ist ein dynamischer Binnenmarkt kaum denkbar, und sollte die AfD in den ostdeutschen Wahlen dominieren, ist ein proaktives Regierungshandeln zumindest erschwert



Sie haben es gerade angesprochen: Sie denken in Szenarien. Welche Perspektive wird für uns kritisch werden?

Zunächst einmal: Unser Update hat klar gezeigt, dass die Dimensionen, die wir gewählt hatten, immer noch richtig sind, also geopolitische Blockbildung vs. mangelnde Veränderungsbereitschaft. Mir ist dieser Punkt schon deswegen wichtig, weil er zeigt, dass gut gemachte Szenarien auch über einen längeren Zeitraum Orientierung bieten können.
Und das ist wichtig, denn die Konsequenzen an den negativen Enden der Dimensionen sind erheblich. Sollte es zu einer Blockbildung kommen – oder sollte es China auch nur gelingen, die BRICS-Staaten* zu dominieren –, stehen für Deutschland ca. 250 Milliarden Euro Handelsvolumen auf dem Spiel. Und sollte Donald Trump als Präsident der USA seine Ankündigungen wahr machen, kommen noch einmal 250 Milliarden Euro Handelsvolumen hinzu. Mit unübersehbaren Folgen für Deutschlands Wirtschaft. Mit denen wir nur umgehen können, wenn wir bereit sind, uns zu verändern: Weniger Bürokratie, mehr Unternehmertum, mehr Fokus auf Wachstum, mehr Dynamik im europäischen Binnenmarkt. Das setzt ein starkes Europa voraus und eine klare politische Richtung bei uns. Und deswegen liegt das größte Risiko für mich in einem möglichen Rechtsruck bei den anstehenden Wahlen. Sollte Europa „rechter“ werden, ist ein dynamischer Binnenmarkt kaum denkbar, und sollte die AfD in den ostdeutschen Wahlen dominieren, ist ein proaktives Regierungshandeln zumindest erschwert. Von den gesellschaftspolitischen Konsequenzen ganz abgesehen.
Deswegen folgt aus unserem Szenario-Update ein klarer Aufruf: sich politisch zu engagieren! Um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen und damit einen Sieg der AfD zumindest relativ zu verhindern.

Lassen sich die Chancen der Szenarien eigentlich beziffern?

Zunächst sind alle vier Zukunftsbilder gleich wahrscheinlich – und müssen es auch sein, sonst wären die Dimensionen falsch gewählt. Aber es gibt, der Logik der Dimensionen folgend, einige Fragen, die uns einen Hinweis geben auf die Wahrscheinlichkeiten. Zum Beispiel: Bleibt die Inflation deutlich über zwei Prozent? Wächst das Handelsvolumen innerhalb der BRICS-Staaten? Verschlechtern sich die Wachstumsprognosen für Deutschland weiter? Wachsen die Widerstände gegen höhere Verteidigungsausgaben? Bleibt der Bürokratieabbau weiter stecken?
Je mehr Fragen mit „Ja" beantwortet werden, desto wahrscheinlicher werden die negativen Seiten unserer Dimensionen. Und – leider! – gibt es sehr viele „Ja"-Antworten. Mit der Folge, dass das schlechteste unserer vier Zukunftsbilder am wahrscheinlichsten ist – „Selbst schuld": Die geopolitschen Verwerfungen spitzen sich zu, China dominiert die BRICS-Staaten, die deutschen Absatzmärkte schrumpfen, eine lange Rezession folgt, uns fehlt die Kraft für eine echte Transformation.
Wir haben dieses Zukunftsbild auch deswegen „Selbst schuld" genannt, weil es einige robuste Schritte gibt, mit denen wir es verhindern und in ein besseres Zukunftsbild kommen können. Durch eine starke EU beispielsweise, die den Binnenmarkt dynamisiert und die Unternehmen mit Freihandelsabkommen unterstützt, schnell neue Märkte zu erschließen. Mit einer Politik, die auf Wachstum setzt und Vertrauen in die unternehmerische Leistungsfähigkeit hat. Und mit einer Gesellschaft, die Veränderung als Chance begreift. Eigentlich alles machbar – und deswegen heißt unser Update: Optimismus zählt! Und nebenbei bemerkt: Genau das entspricht der Programmatik des Senats der Wirtschaft – für eine ökosoziale Marktwirtschaft, für Europa, für ein besseres Bild der Unternehmen!

*BRICS-Staaten: Vereinigung von Staaten, gegr. 2006 durch Brasilien, Russland, Indien und China. Seit 2006 erweitert durch Südafrika und seit 2024 erweitert durch Ägypten, Äthiopien, Iran und Vereinigte Arabische Emirate (die Red.).

Zur Person:

Burkhard Schwenker
Geboren am 20. April 1958 in Minden, ist ein deutscher Unternehmensberater. Er studierte Mathematik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bielefeld. 1989 schloss er seine betriebswirtschaftliche Promotion zum Thema „Dienstleistungsunternehmen im Wettbewerb" ab. Er war Geschäftsführer, Aufsichtsratsvorsitzender und Chairman des Advisory Councils der Unternehmensberatung Roland Berger sowie stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke.
Schwenker ist Mitglied in den Aufsichtsräten diverser Unternehmen und seit 2020 Vorsitzender des Kuratoriums der Zeit Stiftung Bucerius. Er ist zudem Präsident des Senats der Wirtschaft e.V.

Foto: CDU SH/Makoschey

Regenerative Energie wird die Stromversorgung komplett sichern können

Ministerpräsident erläutert klimaneutrales Industrieland und fordert CO_2-Speicherung (CCS)

Von Christoph Brüssel

Ein besonderes Bundesland, eine besondere Atmosphäre, ein besonderer Ministerpräsident. Daniel Günther wirkt immer noch so jugendlich, als sei er ein Nachwuchstalent. Dabei regiert er bereits seit sieben Jahren, und das mit einem deutlich bemerkenswerten Wahlergebnis 2022. Über 43 Prozent gaben der CDU ihre Stimme, nur ein Sitz fehlt zur absoluten Mehrheit – eigentlich ist das eine Rarität in der gegenwärtigen Politikwirklichkeit.
Verständlich, dass so auch der mediale Ruf nach der potenziellen Kanzlerkandidatur durch die Gazetten hallte, leicht gemindert von einer vielleicht nicht glücklichen „Gesangseinlage“ des, offenbar volksnahen und lebenslustigen, jungen Landesvaters. Jedenfalls gehört er zu den führenden Politikern, die auch in der Bundespolitik Akzente setzen. Er vertritt die eher fortschrittliche und offene Linie der CDU. Klimaschutz ist eines der wichtigen Ziele, dabei die Wirtschaft nicht vergessen, sondern als Unterstützer mitnehmen, Marktwirtschaft nicht behindern, sondern nutzen. SO kommt die Zielsetzung des klimaneutralen Industrielandes auf den Punkt. So versteht Günther eine „SCHWARZ-GRÜNE“ Politik. Das erläutert er im Gespräch mit SENATE.

Wir produzieren bereits jetzt weit mehr grünen Strom in Schleswig-Holstein, als wir verbrauchen können

Schleswig-Holstein soll das erste klimaneutrale Industrieland werden und dieses Ziel bis 2040 erreichen. Was verbinden Sie mit dieser Aussage konkret?

Wir wollen damit aufzeigen, dass dieses ambitionierte Ziel nicht nur dem Klima nützt, sondern auch Wohlstand erhalten und neuer generiert werden kann. Der Bau der Batteriezellfabrik von Northvolt in Heide in Dithmarschen zeigt, dass Unternehmen sich aufgrund der vorhandenen grünen Energie für Standorte in Schleswig-Holstein entscheiden oder, wie im Fall des Zementherstellers Holcim, in ihre Transformation zur Klimaneutralität investieren. Das bringt auch dem Land wirtschaftliche Vorteile und neue Arbeitsplätze. Das Ziel unserer schwarz-grünen Landesregierung ist ambitioniert, aber wir trauen uns zu, auch hier Vorreiter in Deutschland zu sein. Schleswig-Holstein ist Pionier der Energiewende, hier haben sich schon in den 1980er-Jahren die ersten Windräder gedreht – übrigens auch im Kreis Dithmarschen. Seit damals gilt: Schleswig-Holstein ist ein Taktgeber beim Ausbau der Erneuerbaren. Dazu entwickeln wir Konzepte für eine klimaneutrale Zukunft und unterstützen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, an einer praxisorientierten Energiewende zu forschen.

Ist für Sie als küstennahes Land die Windenergie der Schlüssel zur Energiewende?

Ja, definitiv. Wir produzieren bereits jetzt weit mehr grünen Strom in Schleswig-Holstein, als wir verbrauchen können. Und wir gehen den Weg konsequent weiter: Beim Zubau neuer Windkraftanlagen lagen wir im vergangenen Jahr auf Platz 1, das geplante Ausbauziel von zehn Gigawatt bis 2025 erreichen wir wahrscheinlich noch in diesem Jahr und unsere Landesregierung plant, auf Landesebene weitere Flächen für die Nutzung zur Verfügung zu stellen. Dass das der richtige Weg ist, sehen wir daran, dass die in die Netze aufgenommene Strommenge aus erneuerbaren Energien einen neuen Rekord erreicht hat und sich der Zubau der Windenergie an Land bereits in steigenden Beiträgen zur Stromversorgung zeigt. Das Wachstumspotenzial für die Windenergie im echten Norden ist weiterhin groß. Dafür brauchen wir natürlich eine innovative und tatkräftige Windbranche im Land – und die haben wir in Schleswig-Holstein. Erzeugung ist das eine, wir benötigen aber auch den weiteren Ausbau der Netzinfrastruktur und eine gerechte und faire Verteilung der Netzausbaukosten.

Die beste Methode, eine gute Idee zu bekommen, ist viele Ideen zu haben!

Linus Pauling

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

BACHMANN
www.bachmann.com

BG ETEM
Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse
www.bgetem.de

engbers
www.engbers.de

POWERLINES GROUP
www.powerlines-group.com/spl/spl_germany.nsf

LDB Gruppe
Speed up your business
www.ldb.de

möma
www.moemax.de

GEMOTEG GmbH & Co. KG Drives + Systems ®
www.gemoteg.de

B.E.G. LUXOMAT®
www.beg-luxomat.com

Mr. Wash
www.mrwash.de

Leagas Delaney Hamburg
www.leagasdelaney.de

Maggi
www.maggi.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Wie bewerten Sie die Leistungsfähigkeit der regenerativen Energie als Grundlastenergie?

„Grundlastenergie" ist ein Begriff aus der Vorenergiewendezeit. Man kann Energieträger grob einteilen in volatile Energien, wie Wind und Sonne, und regelbeziehungsweise steuerbare Energien, zum Beispiel Biogaskraftwerke und Gas- oder Wasserstoffkraftwerke. Die steuerbaren Kraftwerke brauchen wir, um jederzeit die Lücke zwischen volatilen Energieträgern und dem Bedarf zu decken.
Wir gehen davon aus, dass aus Bioenergie bis zu sechs Gigawatt steuerbare Kraftwerke bereitgestellt werden können. In den darüber hinaus notwendigen steuerbaren Kraftwerken soll langfristig grüner Wasserstoff eingesetzt werden. In der Kombination sind regenerative Energien also in der Lage, schwankende Bedarfe zu decken – so wie früher Kraftwerke der Kohle oder Atomenergie.

Wenn Sie von klimaneutralem Industrieland sprechen, dann stellt sich die Frage, welchen Anteil haben denn die Unternehmen in Ihrem Land an der Transformation? Wie viel Staat, wie viel privat?

Für unser Ziel, bis 2040 das erste klimaneutrale Industrieland zu werden, brauchen wir alle Bereiche. Die Industrie spielt bei der Transformation eine ganz wichtige Rolle, ebenso der Verkehrs- und Gebäudesektor. Für den Umbau der Industrie hin zur Klimaneutralität stellen wir als Landesregierung viele Weichen, indem wir zum Beispiel ausreichende Kapazität in den Genehmigungsbehörden bereitstellen oder uns für günstige regulatorische Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen. Aber natürlich braucht es vor allem die Eigenverantwortung der Unternehmen, die Transformation in der Industrie voranzubringen. Damit investieren sie auch in ihre eigene Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit. Das zeigt der Plan von Holcim: Das Unternehmen wird in einem sehr ambitionierten Projekt sein Zementwerk im schleswig-holsteinischen Lägerdorf bis 2029 klimaneutral umbauen.

Schleswig-Holstein hat einen weiten ländlichen Teil, wie ist die Strategie in den ländlichen Bereichen – auch hier nach Privatbereichen und Unternehmens-Wirtschaftsbedarfen betrachtet?

Wichtig sind nachhaltige Landnutzungskonzepte bei der Flächennutzung, die allen Bedarfen gerecht werden, sei es aus der Landwirtschaft, dem Umwelt- und Artenschutz, Windkraft- und Photovoltaikausbau oder für Infrastruktur-, Siedlungs- und Verkehrsprojekte. Für die agrarische Produktion ist Schleswig-Holstein eine Gunstregion. Das muss bei den Flächenplanungen mitbedacht werden, nicht zuletzt angesichts der globalen Entwicklungen und der Frage nach der Ernährungssicherheit.

Regenerative Energien sind in der Lage, schwankende Bedarfe zu decken

Im Rahmen der Diskussion zur Energietransformation wird auch über die Abscheidung und Speicherung von CO_2 gesprochen. Wie sehen Sie die Möglichkeiten von CCS und CCU?

Die Vermeidung von CO_2-Emissionen im Kampf gegen den Klimawandel hat zwar höchste Priorität, aber das allein reicht nicht. Es gibt Bereiche, bei denen Emissionen sich kaum vermeiden lassen, außerdem müssen wir zusätzlich der Atmosphäre aktiv CO_2 entziehen – das sagt übrigens auch der Weltklimarat schon seit Langem. Ich setze darauf, schnellstmöglich bei CCS einzusteigen. Wir sollten dringend damit anfangen, die Technologie in Deutschland für eine mögliche Speicherung unter dem Meeresboden zu erforschen. Das Geomar Helmholtz-Zentrum in Kiel beschäftigt sich schon seit Jahren mit der CCS-Technologie und hat festgestellt, dass die Risiken, die mit einer Speicherung einhergehen, gering sind. Mit der CO_2-Speicherung unter dem Meeresboden sollten wir pragmatisch und wissenschaftsgeleitet umgehen. Der Klimawandel stellt uns vor eine der vielleicht größten Herausforderungen der Menschheit. Wenn wir den weltweiten Temperaturanstieg begrenzen wollen, müssen wir Tempo machen. Deswegen sollte der Bund die rechtlichen Möglichkeiten schaffen dürfen, die Technologie auch in der deutschen Nordsee zu erproben.

Im Diskussionsprozess eines neuen Grundsatzprogramms der CDU ist die Kernenergie wieder als Möglichkeit aufgeführt. Sie haben dazu bereits Stellung bezogen, was ist für Sie die Perspektive?

Das stimmt, als Ministerpräsident eines Bundeslandes, das mehr grünen Strom erzeugt, als es verbraucht, liegt mein Fokus auf den erneuerbaren Energien. Und dort sehe ich langfristig auch die Perspektive.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren und unser Leben und die freiheitliche demokratische Grundordnung vor Angriffen von außen und innen zu schützen, geht uns alle an

Wie bewerten Sie die These, dass aus politischer Zielsetzung, vielleicht auch Ideologie, die Forschung und Lehre in Deutschland nicht weiter die Freiheit bekommt, das Thema Kernenergie zu erkunden?

Dieser These, von wem auch immer sie stammt, kann ich nicht zustimmen. Auch Forschungen im Bereich der Kernenergie sind durch die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit verfassungsrechtlich geschützt. Aber natürlich fehlen durch den Ausstieg aus der Kernkraft in Deutschland Akteure für die Zusammenarbeit sowie Anwendungsfelder vor Ort.

Wenn Sie offene Wünsche an Wirtschaft, Mittelstand oder gesellschaftliche Strukturen haben ... wir würden es gern hören und weitergeben.

Wir leben in herausfordernden Zeiten, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren und unser Leben und die freiheitliche demokratische Grundordnung vor Angriffen von außen und innen zu schützen, geht uns alle an. Hier setze ich auch auf die Vorbildfunktion und Strahlkraft der Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land. Und, wenn es konkreter werden soll: Natürlich hoffe ich, dass sie die digitale Transformation und die Energiewende auch in Zukunft so tatkräftig und innovativ unterstützen und mitgestalten wie bisher. Eine weitere wichtige Aufgabe, für die wir die Wirtschaft auch weiterhin brauchen, ist die Förderung der dualen Ausbildung und die Steigerung der Attraktivität der sogenannten MINT-Berufe. Und wir freuen uns über Vorschläge für den Abbau von Bürokratie. Dafür setzen wir uns als Landesregierung auch auf Bundesebene ein, gerade auch, damit der Mittelstand entlastet wird.

In der lebendigen Natur geschieht nichts, was nicht in Verbindung mit dem Ganzen steht.

Johann Wolfgang von Goethe

CIS® connect with confidence.
www.cis.de

JO-BA®
www.jo-ba.de

primo ESPRESSO
https://primo.cafe/

Kraus®
www.kraus.de

MINHOFF®.de
www.minhoff.de

denecke zahnmedizin
Wir machen Lächeln.®
www.denecke-zahnmedizin.de

Kraus®
www.kraus.de

WELT WALD KLIMA • WORLD FOREST FOUNDATION

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Von den Besten lernen

Unternehmen und Top-Politiker beim Gipfeltreffen der Weltmarktführer

Zentrale Themen des Treffens in Schwäbisch Hall waren Perspektiven, Möglichkeiten und Lösungsansätze für die aktuellen Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Bundesminister Christian Lindner und Bettina Stark-Watzinger und zahlreiche tatsächliche und potenzielle Weltmarktführerunternehmen trafen sich zum offenen und gehaltvollen Dialog in Schwäbisch Hall.

Der Gründer der Veranstaltung, die in diesem Jahr zum 14. Mal stattgefunden hat, Dr. Walter Döring, erwähnte direkt zu Anfang von der Bühne, dass sich der Gedanke: „Von den Besten lernen“ schon in den ersten Stunden deutlich gezeigt hatte. Der frühere Wirtschaftsminister Baden-Württembergs ist heute unter anderem auch Vorstandsvorsitzender des Senat der Wirtschaft Europa.

Die Herausforderungen: Stagnation, Deindustrialisierung, Personalmangel sind seit Monaten die Schlagworte, die Sorgen bereiten. Daneben beschäftigen die großen Trends – von künstlicher Intelligenz bis zur Transformation der Wirtschaft Richtung Klimaneutralität. Ebenso wurde auf Chancen geblickt, die der Standort Deutschland immer noch bietet. Vor allem aber ging es darum, von den Besten zu lernen, denn viele Unternehmen haben bereits Strategien entwickelt, wo andere noch dabei sind, das Problem zu verstehen.

Lösungswille und -kompetenz zeichneten die Grundstimmung der Veranstaltung aus. Im Mittelpunkt stand die Frage, was unsere Antworten auf die Phänomene der Krisenhaftigkeit sind und wie Lösungskompetenz gelebt werden kann.

Mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft wurde darüber gesprochen, wie sich Deutschland neben den Supermächten USA und China behaupten kann. Wie eine zuverlässige und grüne Energieversorgung der Zukunft aussehen kann. Welche Innovationssprünge künftig von künstlicher Intelligenz ausgehen werden. Und was getan werden müsste, damit Deutschland wieder zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort wird. Auch im Senat sprechen wir in diesem Jahr bewusst über Perspektiven, die wir haben.

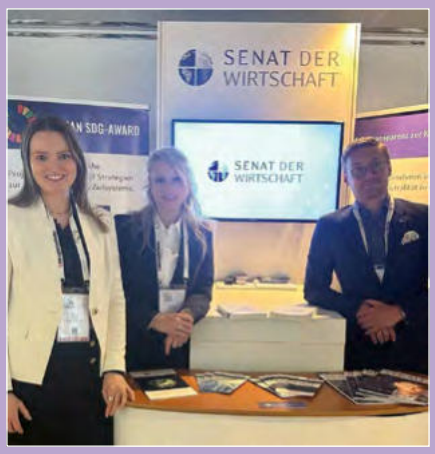
Die Transformation stellt in allen Bereichen vor allem den Mittelstand vor große Herausforderungen. Nachhaltige und wirksame Strategien erfordern politische Weitsicht und verbindliche Rahmenbedingungen, die die Lasten undogmatisch und ideologiefrei verteilen.

Der Senat der Wirtschaft wurde durch den Vorstandsvorsitzenden Norbert Streveld und Dr. Christoph Brüssel, Vorstandsvorsitzender Stiftung Senat, vertreten. Aus dem Kreis des Senats waren rund 90 Mitglieder anwesend. Diese hohe Teilnehmerzahl zeigt, dass es richtig ist, dass der Senat dieses Forum ideell mitträgt.

Bundesfinanzminister Christian Lindner war per Video live dazugeschaltet. In einem Gespräch mit Horst von Buttlar, Chefredakteur der Wirtschafts-Woche, unterstrich er: „Die deutsche Wirtschaft ist nicht krank, sondern aktuell nur erschöpft." Es brauche jetzt Kraft, strukturelle Reformen und eine Wachstumsagenda. Man brauche keine Gesund-, aber auch keine Schwarzbeterei. Eine Unternehmenssteuerreform sei finanziell möglich, dafür müssten im Haushalt Mittel umgeschichtet werden, so Lindner. Bislang gebe es dafür aber keine politische Mehrheit. Zum Bürokratieabbau sagte Lindner, es brauche keine bürokratische EU-Lieferketten-Richtlinie für Unternehmen. Diese Richtlinie sei nur eine zusätzliche bürokratische Belastung für die Betriebe.
Botschafter Dr. Christoph Heusgen, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, sprach über die großen innenpolitischen wie weltpolitischen Herausforderungen Deutschlands. Er spiegelte lebhaft seine persönlichen Begegnungen mit Putin und Trump.
Alexander Gerst, deutscher ESA-Astronaut und Geophysiker, gab inspirierende Einblicke in seine beiden Missionen Blue Dot und Horizons zur ISS. Er sprach über das europäische Selbstverständnis im Weltraummarkt, in dem sich Europa selbstbewusster darstellen sollte. Es gehe darum, „als Menschheit zusammen etwas zu schaffen, um Menschen zu inspirieren", so Gerst.
Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, stellte heraus, dass Deutschland ein weltoffenes Land sein müsse, um für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv zu sein.

In Bezug auf das Bildungssystem sprach sich die Bundesministerin klar für einen Digitalpakt für Deutschland aus. So könne gewährleistet werden, dass Schulen digitaler aufgestellt sind. Zu einem funktionierenden Bildungssystem gehöre aber auch die regelmäßige Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, pädagogische Konzepte und die technische Wartung von Geräten. Beim Thema Forschung stand KI als Schlüsseltechnologie im Mittelpunkt. In Bildung und Forschung und somit in Innovation müsse Deutschland investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben, so Stark-Watzinger.

Der Senat der Wirtschaft stellte den Teilnehmenden des Gipfeltreffens die eigenen Initiativen, Plattformen und Formate vor, um Denk- und Lösungsansätze zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu entwickeln. Ansprechpartner am zentralen Meetingpoint des Senats waren Svenja Reimer, Elline Köckritz und Lenno Götze, die auch über das Gipfeltreffen hinaus für Informationen und Austausch zu den Senats-Initiativen gern zur Verfügung stehen.


SENAT DER
WIRTSCHAFT
SENAT DER
WIRTSCHAFT

Zusammenkunft ist ein Anfang. Zusammenhalt ist ein Fortschritt. Zusammenarbeit ist der Erfolg.

Henry Ford

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

....alles für Bäcker und Konditoren
BÄKO Region Stuttgart eG
https://15516.gwsshop.de

VR Bank Schwäbisch Hall-Crailsheim eG
www.vrbank-sha.de

WABE
WOHNEN | ARBEITEN
BETREUEN | ENTWICKELN
www.wabe-hamburg.de

vipcon
Member of Fusion GBS
www.vipcon.com

WEIDEMANN
designed for work
www.weidemann.de/de

EISENBAU KRÄMER
Längsnahtgeschweißte STAHLGROSSROHRE
www.eisenbau-kraemer.de

IGE
Internationale Gesellschaft für Eisenbahnverkehr
www.ige-bahn.com

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

FrühlingsConvent 2024

Wertvolle Impulse von politisch hochkarätigen Rednern

Der FrühlingsConvent 2024 im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin zeichnete sich durch eine besonders lösungsorientierte Grundstimmung aus. Zentrale Themen, die auch vom Vorstand des Senats hervorgehoben wurden, waren Perspektiven, Möglichkeiten und Lösungsansätze für die Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Trotz der angespannten Streiksituation der Deutschen Bahn und diverser Flughäfen waren die Reihen des Saals mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern fast vollständig gefüllt. Auch eine nennenswerte Zahl an Bundestagsabgeordneten nahm teil.

Hochrangige Politiker brachten effektvoll Innenansichten zu aktuellen Themen ein. Hierbei standen die ganz aktuelle Konfliktsituation der Ukraine, die Europäische Union und eine globale Betrachtung der Handelspolitik im Mittelpunkt. Es sprachen der Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter, Obmann im Auswärtigen Ausschuss und stv. Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums, MdB Dr. Anton Hofreiter, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für die Europäische Union, und Staatsminister a.D. Michael Georg Link, stellvertretender Vorsitzender.

Hochaktuell auch der Präsident des Senats der Wirtschaft, Prof. Dr. Burkhard Schwenker, der ein Update zu den Szenarien für Europa vorstellte. Diese Arbeit ist die Fortführung der seit anderthalb Jahren, zusammen mit praktischen Experten aus den Reihen der Senatsmitglieder, aufgebauten Studie mit Zukunftsbildern.

Präsentiert wurde auch die in dieser Woche fertiggestellte Studie für eine gelingende Energiewende der Stiftung Senat der Wirtschaft, in Zusammenarbeit mit der Kommission Energie. Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Hüttl und Peter Krumhoff stellten fest, dass diese Studie einzigartig ist, da sie ohne vorgegebene Zielsetzung unter föderalen Gesichtspunkten Wissenschaft und Praxis zusammen denkt und so real zu verwirklichende Ziele einer Energiewende realistisch vorstellt.

Das Szenarien-Update und die Studie zur Energiewende können im Bereich der „Politischen Impulse“ auf der Homepage des Senats abgerufen werden.

Im Rahmen des FrühlingsConvents fand der Kick-off-Workshop für den neuen Mentoring-Jahrgang Frauen in Führung statt. In diesem Jahr sind neun neue Mentorinnen und Mentees gestartet.

Chancen und Herausforderungen durch geopolitische Veränderungen

Ministerin zu Gast beim Senatsclub Baden-Württemberg im Experience Center der FESTO

Geopolitische Veränderungen wie **Dekarbonisierung** und **Deglobalisierung** bergen Herausforderungen und bieten gerade für Baden-Württemberg Chancen. Zusammenfassend geht es darum, vorhandene Veränderungen anzunehmen und umzusetzen. Die eingehende Betrachtung und der Austausch über diese Veränderungen und deren Auswirkungen für Baden-Württemberg waren Gegenstand der Veranstaltung, die von der Vorsitzenden des Senatsclub Baden-Württemberg, Heike Barth, eröffnet wurde.

Der Vorstandsvorsitzende des Senats der Wirtschaft, Norbert Streveld, betonte die Wichtigkeit einer starken Europäischen Union, um den zahlreichen Krisen und Herausforderungen sowie den daraus resultierenden Veränderungen und Transformationen zu begegnen. Eine kritische Auseinandersetzung und eine offene Diskussion über bestehende Fakten, zukünftige Entwicklungen und Lösungsansätze, wie in der Publikation „Mehr Europa wagen! Zukunftsbilder als Lösungsansatz für eine Union“, die gemeinsam durch die Stiftung Senat der Wirtschaft und den Senate of Economy Europe entstanden ist, sind dabei unabdingbar. Darüber hinaus sprach der Vorstandsvorsitzende über die kürzlich veröffentlichte Studie für eine gelingende Energiewende der Stiftung Senat der Wirtschaft, in Zusammenarbeit mit der Kommission Energie.

Der Senatsclub fand im Experience Center der Festo Vertrieb GmbH & Co. KG statt, welches erst im Januar 2024 eröffnet wurde. Es bietet neben neuesten Technologien viel Raum für Austausch, das Beantworten von Fragen und realistische Szenarien zum Testen neuer Ideen. Kundenprobleme werden spielerisch angegangen und erste Lösungsansätze erzielt. **Senator Jörg Kipper**, Geschäftsführer von Festo, stellte den Anwesenden das unabhängige Familienunternehmen vor, dass auf eine langjährige Tradition zurückblickt. Festo nutzt für seine Produktentwicklung Möglichkeiten der digitalen Transformation, um diese (energie)effizienter zu gestalten. Das Unternehmen ist in den Bereichen Nachhaltigkeit sowie Verantwortung sehr ambitioniert. Der Bereich **Festo Didactic**, spezialisiert auf die technische Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, hat im vergangenen Jahr den German **SDG-Award in der Kategorie Unternehmen** gewonnen. Bei einem Rundgang durch die Festo Vertrieb GmbH & Co. KG konnten die Teilnehmenden einen Einblick in das Unternehmen gewinnen.

Die **Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut**, hielt einen anregenden Impuls über die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Baden-Württemberg und Unternehmen in Deutschland. Gründe dafür seien strukturelle Probleme, aber auch eine Fragmentierung des Welthandels. „Für einen international vernetzten Industriestandort ist das eine problematische Entwicklung“, so Hoffmeister-Kraut. Sie forderte einen „neuen Realismus“. Der Staat könne und müsse Unterstützung leisten, indem er die richtigen Rahmenbedingungen setze, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.

Wichtig sei, dass Unternehmen durch den Europäischen Binnenmarkt verlässliche Bedingungen vorfänden. Aber auch eine entsprechende Außenhandelspolitik der Europäischen Union sei wichtig.
Für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zeigte sich die Wirtschaftsministerin optimistisch: „Wir haben alle Chancen, doch wir brauchen gerade jetzt massive Investitions- und Innovationsanstrengungen in resiliente Lieferketten und in das De-Risking der Außenhandelsbeziehungen. Und wir müssen die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen deutlich verbessern.“ Hoffmeister-Kraut forderte eine Politik, die mittelständisches Unternehmertum nicht einschränkt, sondern unterstützt, und wieder mehr auf marktwirtschaftliche Dynamik setzt.
Die Gespräche mündeten bei einem Get-together in einen anregenden Austausch über aktuelle Themen.

„Mit Symptomen ist es schon zu spät“

Senatsclub Rhein Ruhr Wupper beim European Prevention Center

Imposant, aufklärend, lehrreich und hilfreich, das waren Kommentare zum Treffen des Senatsclub Rhein Ruhr Wupper bei Senator **Prof. Dr. Uwe Nixdorff**. 20 Teilnehmende waren der Einladung in sein medizinisches Zentrum für präventive Diagnostik, EPC, in Düsseldorf gefolgt. Hier ist das Ziel der Fachärzte, die Menschen gesund zu halten, und nicht nur Krankheit zu behandeln.
So schilderte Prof. Nixdorff eindrucksvoll, wie durch rechtzeitige und richtige Beratung Herzinfarkt und weitere schwere Krankheiten verhindert und Risiken gemindert werden können. Immerhin ist festgestellt, dass mehr als 50 Prozent der ohne jedes Symptom kommenden Klienten doch einer Behandlung oder einer Beratung zu Ernährung, Lebensstil und direkten Maßnahmen bedürfen.
„Mit Symptomen ist es schon zu spät“, meint der erfahrene Kardiologe und ausgewiesene Wissenschaftler Prof. Nixdorff.
Er hatte vor mehr als einem Jahrzehnt das EPC gegründet, da die Kliniken, in denen er als leitender Arzt wirkte, solch präventive Behandlungen nicht im Programm hatten und haben wollten.
Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Leitungskreises, Rolf Heeb, konnten die Teilnehmenden des Senatsclubs sich ausführlich die beeindruckenden medizinischen Möglichkeiten, wie ein Ganzkörper-MRT, digitale Diagnosetools, Stressecho und weitere ansehen. Begleitet von fachlichen Erklärungen durch ärztliche Experten.
Der Vorsitzende der Stiftung Senat der Wirtschaft, **Dr. Christoph Brüssel**, berichtete beim Treffen über die aktuellen politischen Dialoge des Senats und die durch die Stiftung erarbeiteten **Studien zur Energiewirtschaft** und einer **Perspektive für „mehr Europa“**.

Goethe ist mehr Wirtschaft, als man denkt

Bildungskommission und Kommission Integration treffen den Vorstand des Goethe-Instituts

Als weltweite Repräsentanz von Kultur und Bildungseinrichtungen für die deutsche Sprache kennt man die **Goethe-Institute**. Auch im Inland begegnen einem Goethe-Einrichtungen, wenn es um die Sprache, um Literatur und Prüfungen der Deutschkenntnisse geht.
Eine hochwertige Kulturinstanz im Auftrag unseres Staates, die weltweit agiert. Das ist aber nicht die ganze „Wahrheit". Das Goethe-Institut, mit Einrichtungen in 95 Ländern und mehr als 4000 Mitarbeitern, ist auch ein Dienstleistungsangebot mit Blick auf die Herausforderungen der Wirtschaft.
Genauer hingesehen, werden tatsächlich 25 Prozent des Budgets durch die Institute mit Dienstleistungen verdient. Immerhin ein dreistelliger Millionenbetrag per anno.

Im Ringen um Lösungen beim Mitarbeitermangel gleichermaßen wie bei der Regelung der Zuwanderung spielt dieses bereits 1951 gegründete Kulturinstrument eine nennenswerte Rolle. Im Auftrag der Arbeitsagentur, von einzelnen Unternehmen oder auch Branchenverbänden führt das Goethe-Institut in definierten Zielländern Deutschkurse durch, die potenzielle Mitarbeitende für den deutschen Arbeitsmarkt qualifizieren sollen. Dabei ist die Zusammenarbeit mit den Auftraggebern sehr genau justiert und konzentriert auf die Bedarfe.
Die Kommissionen des Senats hatten beim Besuch der **Zentrale des Goethe-Instituts** ausführlich Gelegenheit, mit den beiden **Vorständen Johannes Ebert und Rainer Pollack** über Erfahrungen und Möglichkeiten der Kooperationen zu sprechen.
Als Vorsitzender in beiden Kommissionen unterstrich **Dr. Walter Döring** die Bedeutung des Goethe-Instituts grundsätzlich und appellierte an politische Instanzen, die Unterstützung nicht hinter kurzfristige Haushaltsüberlegungen zurückfallen zu lassen.
Gerade in der aktuellen Zeit, da wir so viel über Resilienz sprechen müssen, erläuterte der Vorstand des Senat Deutschland, Dr. Christoph Brüssel, ist die praktische Verbindung von kulturell wertigen Angeboten und praktischer Unternehmensführung ein zunehmend wichtiges Angebot. So zeige das Goethe-Institut nicht nur eine Repräsentanz deutscher Kultur, sondern schaffe auch eine konkrete Unterstützung für wirtschaftliche Erfordernisse.

Es gilt, den technischen Fortschritt ganz gezielt zum Instrument für den humanen Fortschritt zu machen.

Hans-Dietrich Genscher
Ehrensenator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft

GESA Unternehmensgruppe
www.gesa-ag.de

Baldus Medical
www.baldus-group.de

REFRATECHNIK
www.refra.com

eepos
www.eepos.de

PORSCHE
www.porscheengineering.com

funk
www.funk-gruppe.de

Fehr
www.fehr.de

bindan group
bindan.group

Evangelische Bank
www.eb.de

Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

SENAT DER WIRTSCHAFT

Transformation

... für eine gelingende Energiewende

Für eine gelingende Energiewende

Studie der Stiftung Senat der Wirtschaft zeigt ohne vorgegebene Zielrichtung – gemeinwohlgerichtet – Möglichkeiten auf, wie eine Transformation erfolgreich sein könnte

Vorgestellt von Christoph Brüssel[1]

Voraussetzung einer neuen Studie, die der Senat der Wirtschaft vorlegt, ist die Zielsetzung, eine klimagerechte Zukunft zu erreichen. Energieerzeugung mit möglichst wenig oder keinen Treibhausgasen, das soll die Voraussetzung sein. Es gibt neue und mehr Fakten, die Beachtung erhalten sollen, damit das Ziel erreicht werden könne, so die Autoren der Studie. Nicht alle sind derzeit im politischen Diskurs genannt, sollten jedoch beachtet werden.

Die Ausarbeitung basiert auf der Erkenntnis, dass eine Transformation der Energiegewinnung und Energienutzung erforderlich ist. Dabei ist das Ziel, eine klimagerechte, umweltverträgliche und zukunftssichere Energielösung zu ermöglichen. Zugleich versucht die Studie, unter pluralen Gesichtspunkten Grenzen der Machbarkeit zu erkennen. Diese sind teilweise physikalisch, teilweise ökonomisch bedingt. Ebenso werden die Kosten der Umstellung auf regenerative Energie analysiert. Dabei geht es nicht um den Marktpreis allein, die Kosten für die Gesellschaft sind auch Gegenstand.

Praktische Umsetzung der regenerativen Grundlastversorgung und die Fakten „Net Zero“ sind die Aufgabenstellung. Anerkannt wird, möglichst die Vermehrung der Treibhausgase in der Atmosphäre zu verhindern. Bekannt ist, dass die Moleküle in der Atmosphäre sehr langlebig sind und sich ein Übermaß schädigend auf das Klima auswirkt. Zugleich ist zu erkennen, dass nicht alle Fakten und Folgen in der politischen, ebenso in der medialen Kommunikation eingeflossen sind.

Unabhängig, stets plural denkend und mit realen Fakten, zeigt diese Ausarbeitung Handlungspfade zu einer Energiewende, die wirksam, umsetzbar und nicht zur Wohlstandsminderung, Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung und zu einer breiten Akzeptanz führen wird.

1 Ausarbeitung für den Senat der Wirtschaft: Eco-Environment Innovation GmbH, Reinhard Hüttl und Uwe Schneider. Unter Mitwirkung von: Thomas Jobsky, Naldera Materials & Environmental Technologies GmbH; Peter Krumhoff und Peter Monitor, Kommission Energie Senat der Wirtschaft; Franz-Josef Radermacher und Estelle Herlyn, Global Energy Solutions.

Handlungspfade für eine gelingende Energiewende

1. **Standortgerechter und bedarfsgerechter Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der regionalspezifischen Effekte des Klimawandels (z. B. Extremwetterereignisse, Dunkelflauten) sowie des Rohstoffbedarfs (z. B. Abhängigkeiten) und des Flächenverbrauchs (z. B. Nutzungskonkurrenzen)**
   Ein weiterer Ausbau der installierten Leistung in Form von Windkraft und Photovoltaik sollte sich prioritär an lokalen bzw. regionalen Bedarfssituationen und den jeweils vorherrschenden Wetterverhältnissen orientieren, die sich jedoch im Rahmen des Klimawandels kontinuierlich verändern.
   Der Ausbau der Photovoltaik sollte zur Vermeidung eines weiteren Flächenverbrauchs im Agrarsektor bevorzugt die Energiebereitstellung in urbanen und suburbanen Siedlungsstrukturen ergänzen und auf landwirtschaftliche Grenzertragsstandorte in Regionen Deutschlands mit hoher jährlicher Einstrahlung beschränkt bleiben. Zum anderen ist auch der mit dem Aufbau des Übertragungs- und Verteilnetze verbundene enorme Rohstoff- und Energiebedarf und hierbei die Importabhängigkeit von Vorprodukten und Anlagenkomponenten insbesondere aus China sowie die damit in ihrer Dimension nicht absehbaren Systemkosten zu berücksichtigen.

2. **CO_2-Fußabdruck und CO_2-Vermeidungskosten als zentraler Bewertungsmaßstab jeweils mit globaler Perspektive**
   Die CO_2-Konzentration in der Atmosphäre hat 2024 mit 424 ppm ein neues Maximum erreicht. Das prioritäre Ziel der Energiewende muss daher die Reduktion von CO_2 bzw. von den mit der Energieversorgung verbundenen Treibhausgasemissionen sein. Die Ableitung von Maßnahmen zur Transformation des Energiesystems kann nur dann gelingen, wenn diese auf einer systemischen Betrachtung des Gesamtsystems basieren und die Interaktionen zwischen den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität berücksichtigen.
   Da die Energiewende prioritär dem Klimaschutz dient, sind alle damit verbundenen Maßnahmen auf ihren jeweiligen CO_2-Fußabdruck hin zu bewerten. Werden neue Technologien genutzt, sind Bau, Betrieb und Instandhaltung mit zum Teil erheblichen zusätzlichen CO_2-Emissionen verbunden. Hinzu kommen CO_2-Emissionen für den Weiterbetrieb bestehender und den Rückbau vorhandener Infrastrukturen. Vor diesem Hintergrund führt an einer möglichst objektiven Bewertung des realen CO_2-Fußabdrucks aller Maßnahmen zur Transformation unseres Energiesystems kein Weg vorbei.

3. **Zielführende Effizienzmaßnahmen (insbesondere bei neuen Infrastrukturen)**
   Wo immer sich Energie kosteneffizient einsparen lässt, sind entsprechende Maßnahmen zu begrüßen. Effizienzmaßnahmen sollten vollumfänglich beim Aufbau neuer Infrastrukturen zum Einsatz kommen und dazu verbindlich geregelt sein. Effizienzsteigernde Maßnahmen in bestehenden bzw. alten Infrastrukturen sollten vor allem dort ansetzen, wo veraltete Versorgungsstrukturen ihr Laufzeitende erreicht haben oder deren Weiterbetrieb infolge der Kostenentwicklung unwirtschaftlich ist. Zu den effizienzsteigernden Technologien zählen die Abwärmenutzung (z. B. Prozesswärme), die Integration von PV (auch Fassaden-PV) mit Speicher- und Einspeisetechnik, die Nutzung von Wärmepumpen – auch in Verbindung mit der Nut-

zung geothermaler Energie – sowie der Anschluss an Nah- und Fernwärmenetze in Verbindung mit Großwärmepumpen.

4. **Gaskraftwerke mit CCS-Technologie; Umsetzung als Herausforderung (Verfügbarkeit von Gas bzw. Wasserstoff)**
   Zur Absicherung der Spitzenlast und für den Ausgleich von häufigen und zum Teil erheblichen Netzschwankungen im Stromnetz ist ein weiterer Bau von Gaskraftwerken, die auch für den Betrieb mit Wasserstoff geeignet sind – soweit dieser mengen- und kosteneffizient zur Verfügung steht –, vorgesehen. Da diese wasserstofftauglichen Gaskraftwerke nur für den Spitzenlastbetrieb und jährlich geringe Betriebszeiten ausgelegt sind, wird hier zunächst der Bau konventioneller Gaskraftwerke mit CCS-Technologie, die grundsätzlich auf Wasserstoffbetrieb umgebaut werden können, vorgeschlagen. Die Nutzung der in Deutschland entwickelten und erfolgreich demonstrierten Technologien zur CO_2-Abscheidung aus der Verbrennung fossiler Energieträger sowie der CO_2-Speicherung in geologischen Schichten (Carbon Capture & Storage; CCS) bietet hierbei die Möglichkeit einer klimaneutralen Nutzung von Erdgas deutlich vor 2030 bzw. 2045.

5. **Freiheit der Forschung und Technologieoffenheit – Stärkung der Unternehmen (vor allem Mittelstand) im Bereich von Forschung und Entwicklung zum Erhalt der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft. Auflösung des faktischen Verbots von Forschung und Lehre in politisch ungewollten Themen**
   Durch die im Bereich der Energieforschung schwerpunktmäßig auf erneuerbare Energien fokussierte Forschungsförderung verlieren die politischen Parteien die Möglichkeit, technologische Optionen zur Zielerreichung in voller Breite zu erfassen und wissenschaftlich fundiert vergleichen zu können. Eine parteienspezifische Meinungsbildung und Ausdifferenzierung als Grundlage unserer parlamentarischen Demokratie wird dadurch deutlich eingeschränkt, denn wissenschaftliche „Argumente“ werden in der aktuellen Situation vornehmlich für diejenigen Technologien und Verfahren erarbeitet, die politisch gewünscht sind und durch politisch motivierte Forschungsförderung unterstützt werden. Die Vielfalt technologischer Alternativen ginge verloren und der Staat würde in zahlreichen Technologiefeldern seine Sprech- und Handlungsfähigkeit verlieren bzw. wäre wiederum auf Sach- und Fachverstand aus dem Ausland angewiesen. Entsprechend fehlen dem Bürger wichtige Einblicke, um in demokratischen Wahlprozessen eine mündige Entscheidung zu treffen.
   Weiterentwickelte Nukleartechnologien müssen erforscht und beurteilt werden. Die inzwischen erfolgte Weiterentwicklung der Kerntechnologie hat während der letzten zwei Jahrzehnte dazu geführt, dass neue inhärent passive Sicherheitssysteme und fortgeschrittene neue Brennelementtechnologien zur Anwendung kommen können. Beispielsweise kann bei bestimmten Small Modular Reactors (SMR) das Risiko einer Kernschmelze physikalisch ausgeschlossen werden, die Menge hoch radioaktiven Abfalls kann minimiert werden, die Halbwertszeit von abgebrannten Brennelementen kann auf unter 500 Jahre reduziert werden und es besteht die Option einer Verwertbarkeit von abgebrannten Brennelementen durch Wiederaufbereitung in Kreislaufprozessen.

6. **Nutzung heimischer Erdgasvorkommen (Norddeutschland/Nordsee) einschließlich umweltneutraler Frackingtechnologie**
   Durch Nutzung der vor allem im Nordwestdeutschen Becken verfügbaren Vorräte und der bereits bestehenden heimischen Erdgasförderung kann Deutschland für längere Zeiträume (≥ 20 Jahre) bis zu 25 Prozent des aktuellen Gasverbrauchs mit eigenen Ressourcen abdecken. Auf Grundlage des deutschen Bergrechts und des in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten erzielten geotechnologischen Fortschritts lässt sich die Förderung umweltverträglich, kostengünstig und ohne Methanschlupf realisieren. Neben einer klimaneutralen energetischen Nutzung von Erdgas mit CCS bietet die forcierte Nutzung der inländisch verfügbaren Erdgasvorräte in Verbindung mit der C-Abscheidung für die Wasserstofferzeugung durch Dampfreformierung, Pyrolyse oder Plasmalyse – jeweils durch Einsatz erneuerbarer Energien – auch eine Option für einen beschleunigten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.

7. **Klimaneutrale Weiterführung der Kohlekraftwerke mit dem Konzept „Clean Coal" (CCS) sowohl für die heimische Braunkohle als auch für Steinkohle aus verschiedenen Herkunftsländern (Resilienz)**
   Auch die Bereitstellung von Energie aus Braun- und Steinkohle kann mit Hilfe von CCS **klimaneutral organisiert werden**. Die Kosten für Abscheidung und Speicherung können nach Stand des gegenwärtigen CO_2-Preises und des erwarteten CO_2-Preisanstiegs über den CO_2-Zertifikatehandel gegenfinanziert werden. Die von der BGR (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) nur für Deutschland ermittelten geologischen Speicherkapazitäten würden eine energetische Nutzung importierter und heimischer Braun- und Steinkohle in klimaneutraler Form für mindestens 80 Jahre ermöglichen und damit einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit und Kostensenkung sowie für einen rasch realisierbaren Klimaschutz leisten können; aktuell gelangen sämtliche damit verbundene CO_2-Emissionen ungeschützt in die Atmosphäre und leisten aufgrund der Langlebigkeit des CO_2-Moleküls einen „nachhaltigen" Beitrag zur Erderwärmung.

8. **Klimaneutraler Wasserstoff als zukünftiger Energieträger (neben grün auch blau, türkis, gelb und rot), zunächst vor allem aus Importen, später verstärkt aus heimischer Produktion – ggf. auch über weiterentwickelte Kernenergie; auch als Basis für CCUS (z. B. synthetisches Methan für den Sektor Wärme sowie e-Fuels für den Sektor Mobilität); Umsetzung als Herausforderung (Verfügbarkeit von Wasserstoff/Kapitalbedarf)**
   Der Vorrang für die Nutzung bestehender Versorgungsinfrastrukturen setzt voraus, dass die Bereitstellung grundlastfähiger Energie in klimaneutraler Form als Priorität unserer Energieversorgung gesetzt wird. In Verbindung mit einem standort- und bedarfsgerechten Ausbau der erneuerbaren Energien (Wind, Sonne) und grundlastfähiger Technologien (z. B. Clean Coal und/oder SMR) ließe sich sukzessive die erforderliche Leistung installieren, um sowohl die Grundversorgung einschließlich Spitzenlasten als auch die industrieseitige Nachfrage nach Wasserstoff und die nach synthetischen Kraftstoffen im Sektor Mobilität (z. B. Flugzeuge, Schifffahrt, Bahn, Schwerlasttransport, Landwirtschaft) einschließlich des Pkw-Bereichs quantitativ abdecken zu können.

9. **Tiefengeothermie für den Sektor Wärme**
   Geothermische Energie wird als erneuerbare Energie eingestuft. Sie ist grundlastfähig und steht in fast allen Regionen Deutschlands zur Verfügung. Mit einem Nutzungspotenzial von weit über 300 TWh bzw. 70 GW installierter Leistung könnte der Gesamtwärmebedarf Deutschlands zu ca. 25 Prozent durch die Nutzung der tiefen und mitteltiefen Geothermie abgedeckt werden. Eine Voraussetzung für die Erschließung dieses Potenzials bildet die Kenntnis des geologischen Untergrundes.

10. **Massive Deregulierung (Bürokratieabbau) und Erhalt/Förderung der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft (Prüfung der Kosten-Nutzen-Aspekte)**
    Die als Grundvoraussetzung einer gelingenden Energiewende geforderte Technologieoffenheit kann nur Wirkung entfalten, wenn gleichzeitig sowohl im Bereich von Forschung und Entwicklung als auch bei der Realisierung von Maßnahmen auf Ebene des Bundes, der Länder und der Landkreise, aber auch der EU ein massiver Abbau bürokratischer Hürden stattfindet. Der Regulierungsrahmen sollte sich auf die Definition von Zielen beschränken. Für die Erreichung von Zielen darf es im Sinne der Technologieoffenheit – jenseits von ethischen Vereinbarungen – keine technologischen Vorgaben geben.

11. **Beachtung der globalen Dimension einschließlich Finanztransfers zur Schaffung eines weltweiten klimaneutralen Energiesystems; hierbei Berücksichtigung des Konzepts „Nature Based Solutions“ (NBS)**
    Die Energiewende ist eng mit dem Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbunden. Nach Stand der Dinge konnte durch die bisherigen Maßnahmen weder ein signifikanter Klimaschutzeffekt erzielt noch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Bereich der für die Energiewende benötigten Schlüsseltechnologien gesteigert werden. Im Gegenteil, die aktuelle Preisentwicklung weist für Deutschland im Vergleich der 40 wichtigsten Industrieländer die höchsten Strompreise aus. Durch die bereits umgesetzten und zur Erreichung der Klimaschutzziele verbindlich geplanten Maßnahmen sind weitere Preissteigerungen sowohl im Wärme- als auch im Strommarkt vorprogrammiert. Dies wird die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und damit seine Attraktivität für Investoren weiter und dauerhaft schwächen. Hauptnutznießer der Transformation des deutschen Energiesystems sind bisher vor allem südostasiatische Produzenten, die in Deutschland entwickelte Technologien zu sehr niedrigen – teils subventionierten – Preisen anbieten. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Einengung des für die Energiewende in Deutschland genutzten Technologiespektrums. Damit ist ein Verlust von wissenschaftlichem Know-how und Innovationsfähigkeit im Bereich wichtiger Schlüsseltechnologien verbunden, in denen Deutschland zunächst führend war. Nur durch eine konsequente technologieoffene Politik kann die internationale Anschlussfähigkeit wieder hergestellt und die mit der Transformation von Energiesystemen verbundenen Wertschöpfungspotenziale überhaupt wieder erschlossen werden.
    Im internationalen Kontext spielen für den Klimaschutz auch naturbasierte Lösungen (Nature Based Solutions; NBS) eine zunehmend bedeutsamere Rolle. Mit Hilfe dieses Ansatzes besteht das Potenzial, biologische Kohlenstoffsenken, die gleichzeitig auch für die Anpassung an den Klimawandel von

großer Bedeutung sind, weiterzuentwickeln und zu fördern, wie dies erfolgreich bei den letzten Klimagipfeln diskutiert und beschlossen wurde. Die im Konzept der Bioökonomie, die inzwischen weltweit entwickelt und praktiziert wird, verankerte Substitution fossiler Ressourcen durch biobasierte Produktionsverfahren hat das Potenzial, einen deutlich größeren Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende zu leisten. Dieses Potenzial muss in der Tat stärker berücksichtigt werden.

Fazit der Wissenschaftler und Praxisexperten in der Ausarbeitung

Die in der vorliegenden Analyse präsentierten Ausführungen vermitteln einen Eindruck von den technologischen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen der geplanten Transformation der deutschen Energieversorgung, die mit dem Erreichen der politisch festgelegten Klimaschutzziele verbunden sind. Offenkundig treten dabei die Risiken einer Fehlallokation staatlicher Fördermittel und privatwirtschaftlicher Investitionen ohne nennenswerte Fortschritte bei der CO_2-Einsparung und möglicherweise ohne nachhaltige Beschäftigungseffekte hervor. In Verbindung mit fehlender Technologieoffenheit und den daran gekoppelten Kompetenzverlusten in Forschung, Entwicklung, Lehre und Ausbildung führt dieser Weg zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in Wissenschaft und Wirtschaft. Dies insbesondere in Bereichen, in denen Deutschland zunächst führend war. Vor allem aber stellt diese Situation an sich die langfristige Finanzierbarkeit der Energiewende bei gleichzeitiger Wahrung des bisher erreichten Wohlstands infrage.

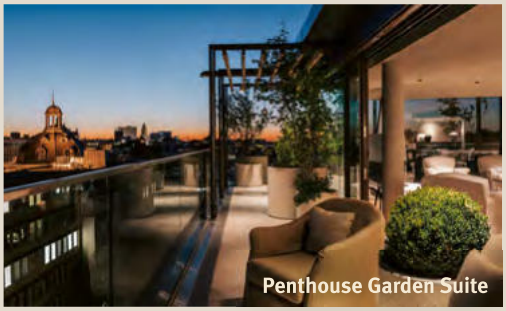
Diese inzwischen offensichtliche Fehlentwicklung ist zum einen das Ergebnis einer über Jahrzehnte gewachsenen Regulatorik mit der daraus hervorgegangenen Bürokratie. Zum anderen erwuchs diese Problematik aus politischen Vorfestlegungen, insbesondere aus dem Konzept einer „All Electric Society". Dadurch wurde ein offener Technologienwettbewerb eingeschränkt, wie er in einer auf Export ausgerichteten Industrienation erforderlich ist. Die inzwischen getroffenen politischen Entscheidungen und die enorme Bürokratisierung behindern markwirtschaftliche Mechanismen und damit einen möglichst effizienten Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen wie Humankapital (v. a. Wissen, Bildung/Forschung und Entwicklung), Kapitalbedarf, Rohstoffe und Infrastrukturen.

Die Verfolgung der in dieser Analyse dargelegten Handlungspfade zur Transformation unserer Energieversorgung leistet den geforderten Beitrag zum Klimaschutz und wird die Kosten der nationalen Energiewende beherrschbar machen. Damit ist der „deutsche Weg" zur Transformation der Energieversorgung glaubwürdig und ermöglicht internationales Engagement, wie dies von einer großen exportorientierten Industrienation erwartet wird.

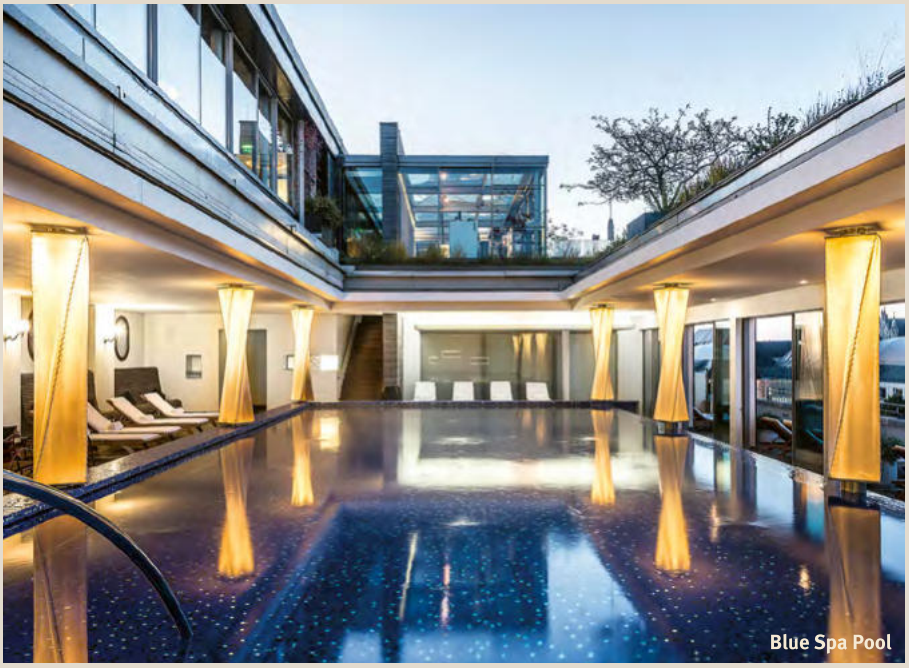
Hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass alle hier aufgezeigten Handlungspfade vollkommen deckungsgleich sind mit den jüngst zwischen Europaparlament und EU-Ministerrat erzielten Kompromissen zum Gesetzesentwurf für den „Net Zero Industry Act". In dem hierzu vorgelegten Entwurf werden neben erneuerbaren Energien auch die Kernenergie, Wärmepumpen, Wasserstofftechnik, die zur Dekarbonisierung der Industrie generell nutzbaren Technologien, der Stromnetzausbau oder die Produktion synthetischer E-Fuels sowie die Abspaltung und Speicherung oder Nutzung von CO_2 (CCS/CCU; CCUS) als grüne Technologien im Sinne des Klimaschutzes benannt. Diese Technologien sind auch in der Nachhaltigkeitstaxonomie der EU für entsprechende Förder- bzw. Investitionsentscheidungen enthalten.

Die Nutzung des im Ergebnis dieser Analyse vorgestellten Technologiespektrums ist damit nicht nur ökonomisch begründet, sondern bewahrt Deutschland im europäischen Kontext auch vor einem energiepolitischen Alleingang und damit vor der politischen Isolierung.

BAYERISCHER HOF


Penthouse Garden Suite

Panorama Suite


Blue Spa Pool

Bird´s Nest

DIE VIELLEICHT ÄLTESTE TRADITION UNSERES HAUSES: SICH SELBST IMMER WIEDER NEU ZU ERFINDEN.

Silent Garden im Atelier

Das seit 1841 privat geführte Hotel Bayerischer Hof ist mit seinen 337 Zimmern inklusive 74 Suiten eine Institution unter den internationalen Luxushotels.

40 moderne Bankett- und Konferenzräume für bis zu 2500 Personen warten auf Ihre Events und unsere fünf Restaurants und sechs Bars lassen keine kulinarischen Wünsche offen. Im Blue Spa erwartet Sie auf 1.300 Quadratmetern ein einzigartiges Wellness-Refugium über den Dächern Münchens. Das Live-Entertainment im Night Club ist legendär und die Komödie im Bayerischen Hof steht für bestes Boulevardtheater.

Garden

Unser hauseigenes Kino, die astor@Cinema Lounge, welches vom renommierten belgischen Kunstsammler und Interior Designer Axel Vervoordt gestaltet wurde, garantiert auf gemütlichen Lounge-Sofas Unterhaltung der Extraklasse. Axel Vervoordt prägte nicht nur die Palaishalle und die beiden Gourmetrestaurants Atelier und Garden, den „Süd- und Nordflügel“ sowie die luxuriöse Penthouse Garden Suite mit seinem Stil, sondern auch das Restaurant Palais Keller und die Veranstaltungsräume in unserem historischen Palais Montgelas.

Tauchen Sie ein in die Welt des Hotels Bayerischer Hof und entdecken Sie Ihr - Home Away From Home.

Hotel Bayerischer Hof

Promenadeplatz 2-6
80333 München

Fon +49 89.21 20 - 0
Fax +49 89.21 20 - 906

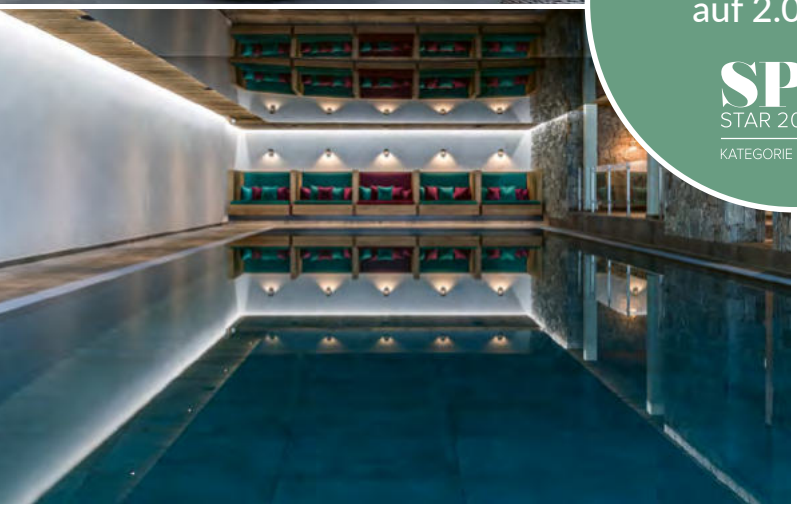
www.bayerischerhof.de
info@bayerischerhof.de

LEADING HOTELS

LEGEND Preferred HOTELS & RESORTS

Mit ausgezeichnetem
Heimat & Natur SPA
auf 2.000 qm

SPA STAR 2022
KATEGORIE NEWCOMER



RELAIS & CHÂTEAUX GUT STEINBACH HOTEL CHALETS SPA
Steinbachweg 10 | 83242 Reit im Winkl
Tel.: 08640 8070 | Mail: info@gutsteinbach.de
www.gutsteinbach.de

DER FEINSCHMECKER · GUIDE WELLNESHOTEL 2023 · MICHELIN · RELAIS & CHATEAUX